

Pflegeregress-Kostenersatz: **Gemeinden steigen auf die Barrikaden!**

Seite 7



PUCHBERG AM SCHNEEBERG steht diesmal im Fokus der Orts-Reportage. Die Gemeinde am Fuße des höchsten Berges des Landes lebt seit Kaisers Zeiten hauptsächlich vom Fremdenverkehr - ab Seite 24. Foto: Marktgemeinde Puchberg

Die Ziele der SPÖ NÖ

Nach geschlagener Landtagswahl legen die SPÖ NÖ und ihr Vorsitzender Franz Schnabl das Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre vor – ab Seite 4.

Zwei neue Bürgermeister

Thomas Vasku in Loosdorf (Bezirk Melk) und Daniel Pongratz in Pottenstein (Bezirk Baden) sind die neuen SPÖ-Bürgermeister im Land – Seiten 6 & 14.

Kollross im Interview

Andreas Kollross, Bürgermeister in Trumau und Neo-Nationalratsabgeordneter, ist der neue Kommunalsprecher der SPÖ-Parlamentsfraktion – ab Seite 18.

+NIEDERÖSTERREICH WIEN ENERGIE.

Wir betreuen viele Gemeinden in Niederösterreich
persönlich. Und natürlich Sie!



Bereits mehr als 80 Gemeinden rund um Wien setzen auf verlässliche Energie
und innovative Services von Wien Energie. Entdecken auch Sie unsere vielfältigen
Strom- und Erdgasstarife für Ihr Zuhause und Ihr Unternehmen auf wienenergie.at



SO BUNT WIE MEIN LEBEN.

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.



Wasserkraft	45,83 %
Windenergie	9,09 %
feste oder flüssige Biomasse	3,42 %
Sonnenenergie	1,03 %
Erdgas	39,62 %
sonstige Ökoenergie	1,01 %

CO ₂ -Emissionen	131,55 g/kWh
radioaktiver Abfall	0,00000 mg/kWh

Stromkennzeichnung des Lieferanten: Gemäß § 78 Abs. 1 und 2 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung hat die Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG im Zeitraum 1.1.2016–31.12.2016 auf Basis der in der nebenstehenden Tabelle angeführten Primärenergieträger Strom an Endverbraucher verkauft. Die Herkunftsnachweise stammen aus Österreich (86,65 %) und Norwegen (13,35 %). Das Erdgas wird mit höchster Effizienz in modernen KWK-Kraftwerken zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt. Gemäß § 78 Abs. 2 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung entstanden bei der Stromerzeugung in diesem Zeitraum nebenstehende Umweltauswirkungen. Unsere Lieferungen sind frei von Atomstrom. Bei der Erzeugung entstehen keine radioaktiven Abfälle.

AUS DEM INHALT

- 6 Loosdorf: Vasku beerbt Legende Jahrmann**
Thomas Vasku (45) wurde zum Nachfolger der Bürgermeister-Legende Joschi Jahrmann gewählt.
- 7 Pflegeregress-Kostenersatz**
Jetzt wird es ernst: Gemeinden drohen Bund mit einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof.
- 8 Starke Frau: Kerstin Suchan-Mayr**
Die Bürgermeisterin von St. Valentin machte mit ihrer Mutterschaft im Amt österreichweit Schlagzeilen.
- 12 Starke Minderheit: Gars am Kamp**
Josef Wiesinger und sein Team übernehmen auch als kleine Minderheit wichtige Gemeindeaufgaben.
- 14 Pottenstein: auf Baja-Wendl folgt Pongratz**
Wechsel an der Spitze der Triestingtalgemeinde (BN): Der neue Bürgermeister heißt Daniel Pongratz.
- 17 Gemeinde als Passbehörde**
Die medienwirksame Ankündigung von LH Johanna Mikl-Leitner ist eine alte Forderung des NÖ GVV.
- 18 Starkes Interview: NR Bgm. Andreas Kollross**
Der Niederösterreicher ist der frischgebackene Kommunalsprecher der SPÖ-Parlamentsfraktion.
- 24 Orts-Reportage: Puchberg am Schneeberg**
Lange Zeit verlor die Tourismusperle an EinwohnerInnen - jetzt scheint die Trendwende geschafft.
- 32 Der Gemeinde-Rat**
NÖ GVV-Juristin Mag.^a Sabine Blecha und andere ExpertInnen informieren in Rechtsfragen.



Bgm. LAbg.
Rupert Dworak,
Präsident des NÖ GVV

Werte Gemeindevertreterin! Werter Gemeindevertreter!

Die Gemeinden wehren sich mit aller Vehemenz gegen die Übernahme der Kosten, die durch den Wegfall des Pflegeregresses entstehen. Bei einer Pressekonferenz hat der Österreichische Gemeindebund von 1.150 Gemeinden entsprechende Resolutionen präsentiert, um klar zu dokumentieren, dass hier die Gemeinden mit einer Sprache sprechen. Auch wenn der jetzige Bundeskanzler Kurz so tut, als sei er bei der Abschaffung des Pflegeregresses nicht dabei gewesen. Tatsache ist, dass damals die ÖVP dem Antrag der SPÖ Folge geleistet hat. Wir fordern klar, dass die Folgekosten den Ländern und Gemeinden zu 100 Prozent vom Bund erstattet werden müssen.

Nachdem auch in Aussicht gestellt wurde, dass die Gemeinden das Passwesen übernehmen könnten, muss ich auch hier einfordern, dass die Kosten dafür den Kommunen ersetzt und dass die Passgebühren künftig die Gemeinden einheben werden. Auch muss man sich intensiv mit einer Verwaltungsreform beschäftigen. Denn das Passwesen ist zwar gut bei den Gemeinden aufgehoben, weil wir näher am Bürger sind, aber Verwaltungsreform heißt auch, dass die BHs künftig nur mehr eine beratende und helfende Funktion für die Gemeinden haben sollten. Und die Gemeinden selbst die Kompetenzzentren für die BürgerInnen sind.

Ferner denke ich, dass man jetzt auch ernsthaft über Änderungen in der GRW-Ordnung reden muss. Schon bei der LTW haben wir erlebt, dass das Zweitwohnsitzerwahlrecht immer noch gehörige Probleme bereitet und sogar Anlass für eventuelle verfassungsrechtliche Klagen gibt. Und wir müssen uns auch darüber unterhalten, warum das Persönlichkeitswahlrecht am amtlichen Stimmzettel funktioniert und wir auf Gemeindeebene noch immer mit dem nicht-amtlichen Stimmzetteln arbeiten müssen – der zweifelsfrei von vielen Gemeinden als untaugliches Mittel gesehen wird.

Herzlichst,

Rupert Dworak
Rupert Dworak



Kostenlose Kinderbetreuung bis zum Ende der Volksschule auch am Nachmittag – dieses Angebot möchte Landespartei-vorsitzender Landesrat Franz Schnabl allen Müttern und Vätern in Niederösterreich machen. Damit die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie nicht nur auf dem Papier besteht.

Ziele: 365-Euro-Ticket für Öffis & kostenfreie Kinderbetreuung

Die SPÖ NÖ hat ein Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre erstellt – mit zehn Leitprojekten und 100 Projekten für die Bezirke. Schwerpunkte sind u.a. Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege sowie Verkehr und Arbeit. Die SozialdemokratInnen wollen Niederösterreich zum Vorzeigebundesland machen und es geht um eine positive Entwicklung in Richtung mehr Lebensqualität.

„Für die positive Weiterentwicklung unserer Heimat, für mehr Lebensqualität haben wir ein Arbeitsprogramm entwickelt, das wir umsetzen wollen – eine zweite Meinung ist dringender denn je gefragt“, erklärt SPÖ NÖ Landespartei-vorsitzender Landesrat Franz

Schnabl: „Uns ist es wichtig, sich nicht auf dem auszuruhen, was wir bisher erreicht haben, sondern Niederösterreich zum Vorzeigebundesland zu machen.“

Die Vision vom „Silicon Waldviertel“. So habe Franz Schnabl unter anderem die Vision von ei-

nem „Silicon Waldviertel“: Dafür seien aber Voraussetzungen notwendig, erklärt Schnabl: „Dort wo die Verkehrsverbindungen entsprechend gut ausgebaut sind – wie an der Ost-West-Achse oder im Süden des Landes – bleibt die Wirtschaft dynamisch und es entstehen Ar-

Fotos: SPNÖ

beitsplätze. Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Lebensqualität sind unmittelbar mit einem hohen Grad an Mobilität verbunden. Deshalb ist die Verkehrsinfrastruktur einer der wichtigsten Standortfaktoren – und gerade im Waldviertel ist es wichtig, eine leistungsfähige, hochrangige Straße zu errichten und die Franz-Josefs-Bahn massiv auszubauen.“

Genauso wichtig seien aber auch die Verlängerung der U-Bahn ins Wiener Umland, die Taktverdichtung und der Ausbau der öffentlichen Verkehrsnetze ins Waldviertel und die bessere Anbindung ländlicher Regionen an das öffentliche Verkehrsnetz, erklärt Schnabl: „Es ist vordringlich, den Umstieg auf Bus und Bahn voranzutreiben. Wir schlagen dafür das 365-Euro-Jahresticket vor. Um einen Euro pro Tag durchs ganze Land – mit qualitativ hochwertigen und kostengünstigen öffentlichen Verkehrsverbindungen.“

Kinderbetreuung auch am Nachmittag kostenfrei. Themen-schwerpunkte sind für Schnabl vor allem die Gesundheitsversorgung mit gleichen Chancen für alle, die Bildung mit einem umfassenden Angebot bereits in der Kinderbetreuung, die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einem klarem Bekenntnis für Menschen über 50 Jahre, ein Angebot an leistbaren Wohnungen vor allem für unsere junge Generation und generell ein transparenteres und demokratischeres Verständnis von Politik in NÖ im Interesse aller. Eine Absage erteilt Schnabl der nicht argumentierbaren Einstellung der Aktion 20.000 für ArbeitnehmerInnen über 50 Jahren durch die schwarzblaue Bundesregierung.

Ein zentrales Thema ist für die SozialdemokratInnen die Kinderbetreuung: „Die Kinderbetreuungs-kosten von bis zu 270 Euro sind zu hoch. Wenn Eltern ihre Kinder am Nachmittag gut versorgt wissen

möchten, dann besteht auch keine Wahlfreiheit mehr – denn für viele Eltern sind diese Kosten für ein oder zwei Kinder nur schwer bis gar nicht leistbar. Wir wollen generell die Nachmittagsbetreuung bis zum Ende der Volksschule kostenlos anbieten.“

In der Gesundheitsversorgung brauche es in den Spitälern eine bessere Organisation und personelle Ausstattung, sagt Schnabl. Im niedergelassenen Bereich sei die Versorgungsdichte auch in kleinen Gemeinden zu gewährleisten, etwa durch von gemeinsamen Trägern bestellte Gemeindeärzte. Die Pflege sei leistbar und nachhaltig sicherzustellen. Pflegebedürftige sollten in kleineren Zentren betreut werden. In jeder Gemeinde ab 1.000 Einwohnern sollen betreubare Wohneinheiten errichtet werden – nach dem Motto „Versorgt vor Ort“, fordert die SPÖ.

Mehr Service für Mitglieder anbieten. Wolfgang Kocovar, der Ende Jänner zum Landesgeschäftsführer bestellt wurde, wird auch die Reformgruppe leiten, die die Partei-strukturen und das Statut erneuern, die Organisationsreform evaluieren und an der organisatorischen, strategischen und programmatischen Erneuerung der Partei arbeiten wird. „Wir wollen die Sozialdemokratie öffnen und effektiver machen, mehr Service für Mitglieder und Interessierte anbieten“, erklärt Kocovar: „Wir alle sind in die Politik gegangen, weil wir Freude daran haben, anderen zu helfen und für den ganz persönlichen Lebensbereich anderer Positives zu bewirken. Dieses Selbstverständnis wollen wir auch in Zukunft wieder mehr nach außen tragen und zeigen, dass unsere tägliche Arbeit Spaß macht. Wir wollen anstatt Härte und Verbissenheit wieder eine positive Einstellung in die Politik bringen.“



Landespartei-vorsitzender Franz Schnabl mit Landesgeschäftsführer Wolfgang Kocovar und dessen Stellvertreterin Astrid Reiser und dem designierten Klubobmann Reinhard Hundsmüller.



Neo-Bürgermeister Thomas Vasku, Altbürgermeister Josef Jahrmann (mit Ehrenbürgerschaftsurkunde), Neo-Vizebgm. Herbert Haunlieb (v.l.).

Starker Sager zum Umweltbundesamt

NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak: „Was die von LH Mikl-Leitner bei einer Pressekonferenz angesprochene Stärkung des ländlichen Raums anbelangt, muss ich allerdings anmerken, dass ich hier doch große Sorgen darüber habe, wie diese stattfinden soll. Denn z. B. mit der geplanten Verlegung des Umweltbundesamtes nach Klosterneuburg, wird diese Stärkung sicher nicht erfolgen. Das wäre schlicht nur ein hanebüchener Unsinn, denn der Villenvorort von Wien, mit seinen starken urbanen Strukturen, ist sicher kein ländlicher Raum!“

Abschied von einem Großen

Nach 31-jähriger Amstzeit der Bürgermeisterlegende Josef Jahrmann hat die Marktgemeinde Loosdorf an ihrer Spitze den Generationswechsel vollzogen. Der Neo-Ortschef heißt Thomas Vasku, ist 45 Jahre alt und ÖBB-Bediensteter.

Josef „Joschi“ Jahrmann prägte Loosdorf in drei Jahrzehnten wie kein anderer. Er suchte immer das Miteinander und konnte dadurch zahlreiche Projekte umsetzen, die als Einzelkämpfer nie möglich gewesen wären. Wie zum Beispiel das EKZ im Ortskern, das Industriegebiet und als Gegenstück dazu das Naturschutzgebiet.

Weitere Highlights aus der Jahrmann-Ära: der Autobahnanschluss, die Umfahrung der HL-AG, der Umbau des Feuerwehrhauses in Loosdorf, die Generalsanierung der Schule, die Umsiedlung des Rathauses, das Sportzentrum - und das ist nur ein kleiner Auszug aus Jahrmanns kommunalen Leistungen.

NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak zum Wechsel in Loosdorf: „Joschi Jahrmann gilt es für mehr als drei Jahrzehnte großartige und segens-

reiche Arbeit für die BürgerInnen seiner Heimatgemeinde aus ganzem Herzen zu danken. Er verkörperte das Bürgermeisteramt auf eine Weise, wie man es sich sonst nur wünschen kann. Deshalb wünsche ich ihm auch für seinen wohlverdienten Ruhestand nur das Allerbeste, vor allem aber Glück und Gesundheit. Danke für alles, Joschi!“

Am 11. Jänner wurde Thomas Vasku vom Gemeinderat mit 22 (von 23) Stimmen zum neuen Loosdorfer Bürgermeister bestimmt. Die Wahl kam nicht überraschend, schließlich war der ÖBB-Bedienstete schon länger als Vizebürgermeister aktiv. Vasku ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Zum neuen Vizebürgermeister avancierte Ing. Herbert Haunlieb, Unternehmer, „enger Vertrauter und sozialdemokratisches Urge-

stein“ (O-Ton Vasku). Auf das freigewordene Gemeinderatsmandat rückt der 40-jährige Albrechtsberger Anton Feilinger nach, Pressesprecher von Landesparteivorsitzenden Franz Schnabl.

Und was will der neue Bürgermeister als erstes anpacken? Thomas Vasku: „Das Thema Standort Kindergarten neu zu einem optimalen Ende bringen. Weiters: die Umgestaltung des Ortskerns. In dieses Thema wird heuer auch die Neugestaltung der B1 integriert, was wiederum die Umsetzung der Grünraumschaffung und ein neues Gesamtverkehrskonzept für Loosdorf mit sich bringt.“

Ebenfalls geplant: Wohnraumschaffung, Betriebsflächenvermarktung, Erstellung eines nachhaltigen Energiekonzepts - Stichwort Photovoltaik -, Leerflächenmanagement.“

Foto: Marktgemeinde Loosdorf

Pflegeregress-Ersatz: Gemeinden steigen auf die Barrikaden

Durch die Abschaffung des Pflegeregresses entstehen den Kommunen Mehrkosten von rund 500 Millionen Euro. Gut 50 Millionen allein in Niederösterreich. Doch der Bund will für alle österreichischen Gemeinden nur 100 Millionen zur Verfügung stellen.

„Der Frust in den Gemeinden ist groß“, wettern Gemeindebund-Präsident Bgm. Mag. Alfred Riedl und Vizepräsident LABg. Bgm. Rupert Dworak, auch Präsident des NÖ GVV.

„Wir haben Verträge mit dem Steuerzahler, dass wir nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Der Bund belastet die Gemeindefinanzen aber durch die Abschaffung des Pflegeregresses ohne ausreichende Abgeltung der Mehrkosten enorm. Wenn wir diese Verträge – Stabilitätspakt und Finanzausgleich – einhalten wollen, müssen wir andere Ausgaben zurückstellen. Das betrifft vor allem die Ermessensausgaben bei Straßen, Kinderbetreuungsausbau und anderen nötigen Investitionen“, so die obersten Gemeindevertreter unisono.

1.150 (!) Gemeinden haben mittlerweile eine Resolution des Ge-

meindebundes beschlossen, in der von der Bundesregierung vollständiger Ersatz für die den Gemeinden durch den Wegfall des Pflegeregresses entstehenden Mehrkosten gefordert wird. Rupert Dworak: „Das ist ein überaus deutlicher Ruf, den die Bundesregierung nicht überhören darf! Wir erwarten uns deshalb, dass die Bundesregierung hier raschest eine Lösung findet!“

Denn, da sind sich die Gemeindevertreter einig: „Der Bund hat durch diese Ho-Ruck-Aktion, der Abschaffung des Pflegeregresses ohne Übergangsfristen und Begleitmaßnahmen, ein funktionierendes Versorgungs- und Finanzierungssystem über Nacht kaputt gemacht. Dass die Länder und Gemeinden nun dafür die Zeche zahlen sollen, ist nicht einzusehen.“

Und: Die vom Bund zugesagten 100 Millionen Euro werden nur einen Bruchteil der zu erwartenden Kosten abdecken. Und: Sollte der Bund nicht auf die Forderungen der Gemeinden eingehen, werden diese beim Verfassungsgericht klagen. - Bei Drucklegung dieser KI-Ausgabe war noch keine Einigung mit dem Bund in Sicht.



Foto: Österreichischer Gemeindebund

Dworak (l.), Riedl mit Gemeinde-Resolutionen.



StR Mag. Ewald Buschenreiter, Direktor des NÖ GVV

**Werte Gemeindevertreterin!
Werter Gemeindevertreter!**

Nach der geschlagenen Landtagswahl Ende Jänner gilt es jetzt den Fokus auf die bevorstehenden Aufgaben und Herausforderungen zu richten. Mit Riesenschritten nähern sich die niederösterreichischen Gemeinderatswahlen im Jahr 2020. Es ist nun an uns allen, die nötigen Vorbereitungen zur treffen und die entsprechenden Weichenstellungen vorzunehmen.

In unserem Verband haben wir damit längst begonnen und arbeiten schon jetzt mit Hochdruck für diesen wichtigen Urnengang 2020. Denn es muss unser aller Ziel sein, aus den kommenden Kommunalwahlen nicht nur gestärkt, sondern auch mit einem Plus an sozialdemokratischen BürgermeisterInnen hervorzugehen.

Wir werden unser Hauptaugenmerk auf die Begleitung, das Coaching und die Unterstützung bei der Wahlkampf-vorbereitung legen. Gemeinsam mit unseren Partnern und bewährten BetreuerInnen und ExpertInnen arbeiten wir ein für Euch interessantes Angebot, sowohl speziell für Mehrheits-, als auch für Minderheits-Gemeinden aus, das wir im Herbst vorstellen werden.

Auf eine spannende Zeit und viel Spaß bei der Arbeit!

Herzlichst,

Ewald Buschenreiter



Mag.^a Kerstin Suchan-Mayr (42)

Feuertaufe & Baby-Alarm

So eine Feuertaufe wünscht man niemandem: zwei Monate vor der Gemeinderatswahl als neuer Spitzenkandidat den Bürgermeister beerben, weil dieser plötzlich verstorben ist. Kerstin Suchan-Mayr hat dieses Horrorszenario in St. Valentin mit Bravour gemeistert. Als Bürgermeisterin machte sie Schlagzeilen, weil sie schwanger wurde, drei Wochen nach der Geburt zu ihren Amtsgeschäften zurückkehrte, ihr Baby ins Rathaus und zu Terminen mitnahm. Auch das brachte ihr großen Respekt ein. Nun hat es Suchan-Mayr in den Landtag geschafft. Am 28. Jänner holte sie das Direktmandat für den Bezirk Amstetten.

In der WOMAN-Ausgabe vom März 2017 antwortete der damalige Bundeskanzler Christian Kern auf die Frage, welche Frau denn das Zeug dazu hätte, ihm den Job streitig zu machen: „Da gibt es viele Namen! (...) Wir haben auch exzellente Bürgermeisterinnen, etwa in St. Valentin oder Altmünster.“ Die genannte und damit auch ziemlich geehrte Bürgermeisterin von St. Valentin war damals und ist heute noch Kerstin Suchan-Mayr, die in ihrer Heimatstadt an der Grenze zu Oberösterreich eine bemerkenswerte politische Karriere hingelegt hat. Ganz und gar ungeplant.

Es war eine klassische sozialdemokratische Arbeiterfamilie, in die Kerstin Suchan am 17. Juli 1975 hineingeboren wurde. Mutter Eva (heute 62) kümmerte sich um den Haushalt, Vater Friedrich (heute 67), ein gelernter Werkzeugmacher und mittlerweile in Pension, brachte das Geld nach Hause. „Ich hatte eine sehr glückliche Kindheit und sogar die Möglichkeit, in einem Haus aufzuwachsen, das sich mein Opa, der Vater meines Vaters, nach dem Krieg mühevoll selbst mit Ziegeln einer zerstörten Fabrik gebaut hatte. Es war sehr klein und ich hatte deshalb auch meine

ersten acht Lebensjahre kein eigenes Zimmer – erst als meine Schwester Kristina (heute 34) zu Welt kam, wurde ein Kinderzimmer für uns beide eingerichtet und als ich 14 wurde, bekam ich in der Mansarde ein Zimmer für mich allein ausgebaut.“

Kerstin war als Kind oft mit der zwei Jahre älteren Cousine unterwegs und mit ihr gemeinsam auch zu den Kinderfreunden gegangen. „Parteilpolitik war zu Hause zwar kein Thema, aber ich habe natürlich deutlich mitbekommen, was Sache ist. Vor allem mit meinem Opa, der ja bei uns gewohnt hat und Jahrgang 1906 war, habe ich viele Dinge besprochen.“ Auch der Geschichtsunterricht in der Schule hat Kerstin immer sehr interessiert.

„Mit 15, 16 waren wir dann eine Gruppe von Jugendlichen, die beim Jugendstadtrat wegen Räumlichkeiten angefragt hat, wo wir uns regelmäßig treffen könnten.“ Der SPÖ-Stadtrat war Heinrich Lechner, heute übrigens immer noch im Amt. Und dieser meinte damals zu den Jungspunden: „Im Volksheim haben wir einen Raum. Da könnt ihr eine SJ-Gruppe gründen und euch dann dort treffen.“ Gesagt getan. Aber bei dieser Gruppe stand dann das Partymachen an oberster Stelle „und die, die wie ich wirklich auch politisch was machen wollten, sind zur JG gewechselt“. Übrigens: Kerstin Suchan blieb der Jungen Generation treu, von 2002 bis 2003 war sie sogar JG-Bundesvorsitzende.

Das Interesse an Politik entwickelte sich früh. Suchan-Mayr: „Mit der EU-Abstimmung, der ersten Wahl sozusagen, an der ich teilnehmen durfte, habe ich mich gleich intensiv auseinandergesetzt, dabei haben mir meine Eltern deutlich gemacht, dass sie klar für den Beitritt sind.“

Nach der Pflichtschule besuchte Kerstin Suchan die BAKIP (Bundesanstalt für Kindergartenpädagogik) in Steyr von 1989-94 und schloss mit Matura ab. „Meine Eltern meinten, ich solle ins Berufsleben einsteigen, aber ich wollte Lehrerin werden und Geschichte und Politikwissenschaft studieren. Aber dann machte ich den Fehler und fuhr gemeinsam mit meinen Eltern zur Studieninformationsmesse nach Salzburg – und beim Stand mit Geschichte hieß es dann: *Was wollen sie mit dem Studium, in der Kombination kriegen sie niemals einen Job.* – Auf der Heimfahrt haben meine Eltern dann gesagt, dass sie mir kein Studium finanzieren werden, wo die Jobaussichten so schlecht sind. Somit bin ich Kindergärtnerin geworden.“ Ihr erster Job 1994: Kindergartenpädagogin in Ebreichsdorf im Bezirk Baden, mehr als 180 Kilometer von St. Valentin entfernt, mit Dienstwohnung. Schon nach einem Jahr hatte sie genug. Vom Wochenpendeln und vom Lan-

desdienst. „Ich war daheim schon politisch tätig und in Ebreichsdorf die ganze Woche völlig abgeschnitten.“

Also entschloss sie sich zur Rückkehr und suchte ein Studium, wo sie daheim wohnen konnte, denn für das Studium der Politikwissenschaft war ein Zimmer in Salzburg oder Wien finanziell einfach nicht drinnen. Also fiel die Wahl auf das Studium der Soziologie in Linz. In vier Jahren hatte sie es erfolgreich absolviert. Nun war sie Magistra.

Während ihrer Schul- und Studienzeiten hat Kerstin Suchan immer gearbeitet, um Geld zu verdienen – mit Kinderbetreuung und Kinderferienspiel der Stadtgemeinde, Büroarbeiten bei Banner Batterien, Aushilfe im Schülerhort, Mikrozensusbefragungen.

Nach dem Studium folgte ein Jahr Markt- und Meinungsforschung bei der Firma Market. Suchan: „Nachdem ich gesehen hatte, wie Forschung wirklich funktioniert, wollte ich wieder in den Sozialbereich.“ Und sie ging 2000 als Sozialpädagogin, genau gesagt als Erzieherin für jugendliche Mädchen ins Schülerinternat Judenau. Eine wichtige Erfahrung. „Dort hab ich bis zum Mädel, das am Fensterbrett steht und sich runter stürzen will, so ziemlich alles erlebt.“ 2008 wechselte sie ins Krisenzentrum Amstetten, wo sie ebenfalls als Sozialpädagogin mit schwierigen Jugendlichen arbeitete – bis zu ihrer Wahl als Bürgermeisterin 2010.

Aber so weit sind wir noch nicht. 1995 kandidiert sie erstmals für den Gemeinderat, kam nach der Wahl nicht gleich ins Stadtparlament, sondern rückte später für einen ausgeschiedenen Mandatar nach. Nach der GRW 2000 avancierte sie schon zur Stadträtin, das Ressort Kinder, Jugend und Familie wurde auf ihre Person zugeschnitten. Bürgermeister war damals noch Manfred Mießner. Der hat das Amt nach 25 Jahren im März 2009 an Wilhelm Wimmer übergeben – aber dieser starb völlig überraschend am 5. Jänner 2010. Nur zwei Monate vor der Gemeinderatswahl, die natürlich komplett auf Wimmer ausgerichtet war...

Suchan war die amtierende Vizebürgermeisterin. „Der Tod vom Willi war natürlich vor allem eine menschliche Katastrophe, wir waren eng befreundet.“ Aber auch politisch bescherte der Verlust ihres Spitzenkandidaten der SPÖ St. Valentin einen echten Ausnahmezustand. Suchan-Mayr: „Es gab in der Partei keine Diskussion darüber, wer das jetzt übernehmen sollte. Allein von der Bekanntheit her, kam nur ich in Frage.“ Einige Veranstaltungen wurden abgesagt, das komplette Werbematerial eingestampft und neu gedruckt. Die Belastung für die neue Spitzenkandidatin war enorm: „Ich glaube heute, mir kann nichts Schlimmeres mehr passieren, als diese Zeit damals war.“



Ganz oben: Bgm.in Kerstin Suchan-Mayr. Oben: Suchan-Mayr mit Baby Martin in ihrem Büro im Rathaus.

Fotos: Ines-Mercedes Freitag, NÖ GV

Inklusive Intrigen und wie über dich gesprochen wird. Keiner weiß, was ich damals mitgemacht habe, außer vielleicht mein Mann.“

Trotz aller Widrigkeiten war der Erfolg bei der GRW 2010 enorm - und brachte für die SPÖ ein Plus von zwei Mandaten und für die Wahlsiegerin die dringend benötigte Selbstbestätigung. Und bei der GRW 2015 konnten die 2010 errungenen 21 Mandate gehalten werden - der höchste SPÖ-Wert in der St. Valentiner Nachkriegsgeschichte.

Aber nochmals kurz zurück ins Jahr 2008. Da schlug Martin Mayr (heute 45), selbstständiger Händler mit Bauchemie, im März wie ein Blitz in Kerstin Suchans Leben ein. Kennen und lieben gelernt haben sich die beiden in einem Lokal in St. Valentin. Dass Martins Mutter ÖVP-Gemeinderätin in einer Nachbargemeinde war, erwies sich nicht als Hinderungsgrund. Am 12. Februar 2012 wurde geheiratet.

Schon im März kam Sohn Martin jun. zur Welt. „Früher hatte ich immer eine gewisse Zukunftsangst, was ein eigenes Kind betrifft. So nach dem Motto: Kann ich es verantworten, in diese Welt ein Kind zu setzen? Darüber habe ich mir immer Gedanken gemacht. Aber mein Mann wollte unbedingt ein Kind und das war gut so.“

Und Martin jr. machte ziemlich bald österreichweit Schlagzeilen. Die frischgebackene Mutter nahm sich als Bürgermeisterin nur für drei Wochen aus dem Rennen, dann kehrte sie zu ihren Amtsgeschäften zurück. Nahm ihr Baby mit ins Rathaus, in ihr Büro und zu Auswärtsterminen wie Bauverhandlungen. Was für gehöriges Aufsehen sorgte. Die Medien überschlugen sich in der Berichterstattung.

Suchan-Mayr selbst hält da den Ball recht flach. Sie kann die Aufregung nicht verstehen und meint schlicht, dass ein Mann, der als Bürgermeister Vater wurde, nie für so einen Wirbel gesorgt habe, oder solche Fragen wie sie selbst beantworten musste. Sie sieht den ganzen Rummel als klares Indiz für die mangelnde Gleichberechtigung von Frau und Mann.

„Das ist leider noch immer das vorherrschende gesellschaftliche Bild. Bei der Vater-Mutter-Rolle werden

immer noch nicht die gleichen Aufgaben gesehen. Erst kürzlich war eine Schulklasse bei mir, die Kinder so um die zwölf Jahre alt, da zeigt ein Dirndl auf und stellt die Frage: *Frau Bürgermeister, was machen sie eigentlich mit ihrem Kind, wenn sie in der Arbeit sind?* – Darauf ich: Wenn da jetzt ein Herr Bürgermeister sitzen würde, hättest du das auch gefragt? Darauf musste sie kurz lachen, wurde nachdenklich und sagte nein. Ich sagte: Schau, mein Kind hat einen Vater, der schaut auf seinen Sohn, wenn ich am Abend nicht da bin. Und jetzt ist mein Kind, so wie ihr in der Schule seid, im Kindergarten.“ Unbedingt anzumerken gilt es bei diesem Thema aber noch, dass es für Bürgermeisterinnen kein Karenzgeld gibt. Eine von vielen Lücken im sozialen Netz der BürgermeisterInnen.

Wenn Kerstin Suchan-Mayr heute Bilanz zieht, sagt sie Sätze wie diese:

„Die Politik war nicht mein Lebensziel, ist aber zu meiner Lebensaufgabe geworden.

Der Kontakt mit den Menschen taugt mir besonders. Wenn jetzt zum Beispiel im Landtagswahlkampf Mitbewerber gejammert haben, dass sie schon so fertig seien, konnte ich das nicht nachvollziehen. Mir gefällt das und ich fühle mich dabei voller Elan und Energie.“

Ja, Suchan-Mayr hat nun auch im Jüngsten Landtagswahlkampf ordentlich mitgemischt und für den Bezirk Amstetten ein Direktmandat erreicht. „Meine Ambition, in den Landtag

zu gehen, hat sich aus der Tatsache entwickelt, dass wir hier im äußersten Westen des Landes sind und deshalb von der Politik gerne mal links liegen gelassen werden. Deshalb fühlen wir uns oft vernachlässigt und das will ich ändern.“

Die Grundidee dahinter: „Wenn ich als einfache Bürgermeisterin beim Land einen Termin brauche, dann warte ich halt eine Zeit lang. Als Bürgermeisterin und Abgeordnete geht das sicher schneller. Im Landtag werden so viele Gesetze und Verordnungen beschlossen, die sich direkt auf die Gemeinden auswirken. Da sollten möglichst viele Leute mitreden, die das dann direkt betrifft.“



Familie Suchan-Mayr bei ihrem ersten gemeinsamen Urlaub im Juni 2012. Martin jun. zählte da süße drei Monate.

Foto: privat

noe.spoe.at

**Kein Mit-
einander ohne
Füreinander.**

Das ist ein soziales & demokratisches NÖ. Gemmas also an!





GGR KR Josef Wiesinger (56), Fraktions- und Ortsparteichef in Gars, sowie Bezirksparteivorsitzender in Horn, ist im Brotberuf Lokführer bei den ÖBB.

Gars am Kamp, Bezirk Horn

Voll respektiert und eingebunden

Josef Wiesinger und sein Team haben in Gars am Kamp etwas erreicht, was für viele sozialdemokratische Minderheitsfraktionen im schwarz dominierten Waldviertel unmöglich erscheint. Bei einer Mandatsverteilung von 14 ÖVP, 5 SPÖ, 2 FPÖ, 2 BL haben es die Roten geschafft, von der absolut regierenden VP-Mehrheit respektiert zu werden und in die Gemeinde-Arbeit voll eingebunden zu sein.

Wie ist die Situation im Gemeinderat? Gibt es mit der ÖVP ein Koalitionsabkommen?

Wiesinger: „Wir haben in dem Sinne kein Koalitionsabkommen, aber uns darauf verständigt, dass die geschäftsführenden Gemeinderäte in ihren jeweiligen Ressorts relativ frei agieren können. In Gars gibt es sieben geschäftsführende Gemeinderäte, vier von der ÖVP, zwei von uns und einen von der Bürgerliste. Mit der ÖVP-Mehrheit ist unser Arbeitsverhältnis durchaus sehr gut. Wenn wir irgendwo dagegen sind, dann macht es der Bürgermeister nicht, obwohl er die absolute Mehrheit hinter sich hat. Zusätzlich zu unseren zwei geschäftsführenden Gemeinderäten haben wir auch den Umweltgemeinderat und den Vorsitz im Umweltausschuss bekommen. Beides macht GR Fritz Wiesinger.“ (Nicht mit Josef Wiesinger verwandt – Anm.d.Red.)

Was ist denn der Grund dafür, dass die ÖVP die SPÖ so gut behandelt? Wiesinger: „Ich denke, ganz ohne Selbstlob, dass wir uns durch

unsere geleistete Arbeit bereits einen gewissen Respekt verdient haben. Wir erfüllen gravierende Funktionen in der Gemeinde. Beispielsweise ist unser GR Gerald Steindl für die Burg zuständig. Dort haben wir nun den Nordturm umgebaut - wegen des Denkmalschutzes kein einfaches und sehr kostenintensives Unterfangen. Auf der Burg finden auch unter seiner Federführung unsere berühmten Opern-Events statt. Ich selber bin in der Gemeinde u.a. fürs Freibad zuständig. Eine sehr schwierige Aufgabe - immer Neuerungen, nie ein Profit. Ich kümmere mich auch schon seit 25 Jahren um unseren beliebten und erfolgreichen Kunsteislaufplatz. Die einzige Kunsteisbahn in Niederösterreich, die von einem Verein betrieben wird und ich bin der Obmann. Die Bahn kostet die Gemeinde nur 4.000 Euro im Jahr. Alle anderen Kunsteisbahnen im Waldviertel haben schon zugesperrt, weil sie sich die Energiekosten nicht leisten konnten.“

Bekommt die SPÖ alle nötigen

Informationen von der VP-Mehrheit? Wiesinger: „Ja, auch das funktioniert top. Wir bekommen jede Einsicht, die wir wollen.“

Kommt die SPÖ im Gemeinderat mit eigenen Anträgen durch? Wiesinger: „In der Regel schon. Die GR-Sitzungen werden in den Ausschüssen immer gut vorbereitet, falls sich Diskussionen ergeben, dann dort. Und dort werden sie auch geklärt. Die Gemeinderatsitzung selbst geht dann ruhig über die Bühne. Alle Vorschläge, die wir in den von uns geführten Ausschüssen gemacht haben sind zu 100 Prozent umgesetzt worden.“

Wie ist die Kooperation mit FPÖ und Bürgerliste? Wiesinger: „Grundsätzlich gut. Sie stimmen auch bei unseren Anträgen mit, wenn diese in den Ausschüssen vorbereitet wurden. Bei uns haben die Freiheitlichen Handschlagqualität. Sie halten sich an das, was ausgemacht war. Die Bürgerliste beschränkt sich eher auf eine Kontrollfunktion. Dazu muss man sagen, dass es bei uns im Gemeinde-

Fotos: SPÖ-Gars am Kamp



Der harte Kern der SPÖ-Gars am Kamp (v.l.): GGR Gerald Steindl, GR Christine Jaglitsch, Sicherheitsvertrauensperson Werner Frey, GGR Josef Wiesinger, GR Lisa Kaser, Fritz Gubi, Johannes Gasselseder, Umwelt-GR Friedrich Wiesinger.

rat schon vier verschiedene Bürgerlisten gegeben hat, aber die jetzige die erste war, die eine zweite Periode geschafft hat.“

Werden den SPÖ-Mandataren Repräsentationsaufgaben übertragen? Wiesinger: „Bei den Bauverhandlungen zur Gänze. Unser Bürgermeister ist nicht nur, wie überall, die erste Instanz der Baubehörde, sondern auch noch als Bauhofleiter angestellt. Trotzdem vertritt die Gemeinde bei allen Bauverhandlungen unser GR Steindl. Nur bei den Gratulationen dürfen wir nicht mitgehen...“

Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier? Wiesinger: „Unsere Zeitung *Die Garser* erscheint nur zweimal im Jahr, öfter können wir uns das nicht leisten. Den Inhalt bestimmen wir im Team, die technische Produktion macht ein Genosse, der nicht Fraktionsmitglied ist. Unsere Homepage betreut GR Fritz Wiesinger, auf Facebook haben wir keinen eigenen Account, aber wir posten oft als SPÖ. Um die Kontakte mit

der Bezirkspresse kümmere ich mich persönlich und das funktioniert bei uns wirklich gut. Im Bedarfsfall machen wir auch Presseaussendungen oder Aktionismus mit Plakaten. Letzteres war aber in dieser Periode noch nicht nötig.“

Was sind Eure Stärken? Wiesinger: „Unsere Erfahrung, die wir in die Gemeindegarbeit einbringen. Wir sind alle schon länger dabei und kennen uns ausgezeichnet aus. Dadurch sind wir im Ort sehr akzeptiert, auch bei der Wirtschaft. Und dadurch führen wir auch kein Außenseiterdasein, wie es bei so manchen SPÖ-Fraktionen im Waldviertel leider der Fall ist.“

Events im Jahresverlauf? Wiesinger: „Mit dem Eislaufverein veranstalte ich im Jänner einen Kindermaskenball, die Fraktion macht Verteilaktionen zu Valentin und Ostern. Jeden Samstagvormittag - ausgenommen eine sechswöchige Winterpause - sind wir bei unserem Viktualienmarkt präsent. Mal mit, mal ohne Stand. Zweimal im Jahr, im Mai und September veranstal-

ten wir in der Eishalle unseren großen Flohmarkt. Im Sommer gibt's dann oft unsrer großes Spielefest und alle paar Jahre richten wir die große Bezirksmaifeier aus. Im Herbst organisieren wir immer eine Fahrt zu einer Kabarett-Vorführung und zum 2. Advent findet in Gars der große Christkindlmarkt statt, da sind wir auch oft mit einem Stand dabei.“

Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden? Wiesinger: „Wir haben jede Menge Sympathisanten und wenn wir für ein Fest Helfer brauchen, ist das auch kein Problem. Auch unsere 46 KandidatInnen für den Gemeinderat kriegen wir immer zusammen, aber Menschen zu finden, die dann tatsächlich im Gemeinderat mitarbeiten wollen, ist nicht leicht. Bei Frauen und der Jugend tun wir uns besonders schwer.“

Ziele für die GRW 2020? Wiesinger: „Unbedingt das sechste Mandat holen, also stärker werden. Und das Team mit Jugend und Frauen auffrischen.“



Der traditionelle GVV-NEUJAHRSEMPFANG fand heuer am 6. Jänner im Rahmen des großen SPÖ NÖ-Wahlkampfauftaktes im VAZ St. Pölten statt. Am Bild (v.l.): Kampagnenchef Wolfgang Kocovar, Bundespartei-vorsitzender Christian Kern, Landespartei-vorsitzender und Spitzenkandidat Franz Schnabl, NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak und LGF Reinhard Hundsmüller.

Pottenstein: neuer Bürgermeister

Am Abend des Rosenmontags wurde Daniel Pongratz (29) zum Nachfolger von Eva Baja-Wendl an die Gemeindegemeinschaft von Pottenstein (BN) gewählt.

Eva Baja-Wendl trat Ende Jänner als Bürgermeisterin zurück. Sie arbeitete schon seit 1990 im Gemeinderat mit, ab 2000 in geschäftsführender Funktion, 2005 avancierte sie zur Vizebürgermeisterin und 2012 übernahm sie das Bürgermeisteramt. In ihrer Amtszeit wurden in der Marktgemeinde so wichtige Projekte umgesetzt, wie das barrierefreie Bürgerbüro, die Errichtung der schulischen Nachmittagsbetreuung samt Ausweitung der Ferienbetreuung auf sechs Wochen, die Errichtung eines Kinderspielfeldes und die Sanierung der Bahnhofsbahnbrücke.

Unter nicht immer ganz einfachen Umständen übte Baja Wendl ihr Amt stets mit viel Freude und Einsatzbereitschaft aus. Gemeinsam mit ihrem Team konnte sie bei den Wahlen 2015 den Bürgermeistersitz erfolgreich verteidigen. Mit Daniel Pongratz stand ihr seitdem ein engagierter Vizebürgermeister zur Seite. Dass er einmal die Nachfolge Baja-Wendls antreten werde, war kein

Geheimnis. Am 12. Februar stimmten im Gemeinderat 14 von 18 anwesenden MandatarInnen für Pongratz als neuen Bürgermeister. Vier Stimmen waren ungültig.

„Ich freue mich über das eindeutige Ergebnis sowie über die Unterstützung der GRÜNEN, der Freiheitlichen und Unabhängigen. Mir als Bürgermeister und uns als Mehrheitspartei geht es um den gemeinsamen Weg. Für uns zählt das Miteinander. Das ist für uns nicht nur ein Slogan auf einem Wahlplakat, sondern wird auch tatsächlich so gelebt. Trotz absoluter Mehrheit, werden wir alle Parteien in die Gemeindegemeinschaft einbinden, sofern das Interesse zur Mitarbeit besteht!“, so Pongratz nach seiner Wahl. Der neue Orts-Chef ist verheiratet und im Broterwerb Vertragsbediensteter.

NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak zum Wechsel an der Spitze von Pottenstein: „Eva Baja-Wendl ist großer Dank auszusprechen. Sie hat sich fast dreißig Jahre lang erfolgreich für ihre Heimatgemeinde en-



Daniel Pongratz, Eva Baja-Wendl

gagiert und mit großem Einsatz und großer Umsicht für ihre BürgerInnen gearbeitet. Ich wünsche ihr für ihren wohlverdienten Ruhestand vor allem Glück und Gesundheit.

Ihrem Amtsnachfolger Daniel Pongratz wünsche ich für seine neue Herausforderung alles Gute. Er konnte ja schon in der Kommunalpolitik einiges an Erfahrung sammeln und ich bin überzeugt, dass er seine Sache zum Wohle von Pottenstein sehr gut machen wird.“

Fotos: SPNÖ, Gemeinde

WebOffice Plus: GIS-Daten in Echtzeit

Mit WebOffice Plus präsentiert die gemdat Niederösterreich anlässlich ihrer Fachmesse vom 17. bis 19. April eine Lösung, die bereits jetzt Furore in der Kundenbasis macht: Alle Sachdaten können ab sofort live und dynamisch im GIS abgebildet werden.

Um dies zu ermöglichen, wurde in eine eigene GIS-Plattform im DataCenter der gemdat investiert, wo die Lösung k5 Verfahren als zentrale Drehscheibe für alle Sachdaten und deren laufende Aktualisierung aus k5 Finanz, den diversen Registern und anderen Datenquellen fungiert.

Das Plus zu WebOffice

Mit WebOffice sichten und editieren bereits über 100 Gemeinden in Niederösterreich ihre Geodaten. Allen benötigten Datenebenen wie Flächenwidmungsplan, Orthofotos oder Leitungskataster stehen über eine einfach bedienbare Benutzeroberfläche per Browser direkt im Web beziehungsweise mobil über Tablet oder Smartphone im Zugriff. Die Integration von Sachdaten erfolgte bisher mit einigem Aufwand und einer damit verbundenen Zeitverzögerung.



Mit WebOffice Plus werden Sachdaten dynamisch aktualisiert.

Mit dem neuen WebOffice Plus stehen alle hinterlegten Sachdaten zu Eigentümern, Grundstücken, Abgaben etc. dynamisch zur Verfügung, können beliebig abgefragt, analysiert und dargestellt werden.

Sachdaten live und dynamisch

So können jetzt beispielsweise alle Grundstücke mit laufenden Bauverfahren in Echtzeit am Plan angezeigt werden. Dabei müssen die GWR-Adressen nicht mehr manuell aufbereitet werden, denn die Daten werden über k5 Verfahren

automatisch mit dem AGWR abgeglichen. Per Mausklick kann die Plandarstellung mit Sachinformationen wie Eigentümer- oder Meldedaten beschriftet werden.

Dank der Integration mit k5 Finanz werden alle Adressen, an denen Abgaben entrichtet werden, angezeigt. Somit ist es umgekehrt auch möglich, gemeldete Personen, die keine Abgaben entrichten, abzufragen, um allfälligen Unterlassungen auf den Grund gehen zu können. Auch Daten aus k5 Friedhof und die digitalisierten Gräber werden in WebOffice zusammengeführt und können beliebig abgefragt werden.

Information:

gemdat NÖ
Gemeinde-Datenservice GmbH.
02262/690-0
www.gemdatnoe.at



FACHMESSE

17. - 19. April 2018 | 09.00 - 17.00 Uhr

2100 Korneuburg | Girakstraße 7

www.gemdatnoe.at | gemdat@gemdatnoe.at



WERBUNG

Mehr Feminismus

Zwanzig Jahre ist es her, als fast 650.00 Menschen – Frauen wie Männer – das Frauenvolksbegehren für Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen in Österreich unterschrieben haben. Allerdings gibt es diese in vielen Bereichen de facto noch immer nicht. Ein Team aus jungen Frauen hat sich deshalb zusammengefunden und bittet ab 12. Februar um Unterstützung, damit ein Frauenvolksbegehren 2.0 gestartet werden kann.

Die Ziele wurden in drei großen Teilbereichen klar definiert: Gerechte Arbeitswelt, Teilhabe, Respekt und Wertschätzung sowie Familie, Gesundheit und mehr Sicherheit. Schon Johanna Dohnal

hat gesagt: „Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbünde und Weiblichkeitswahn.“

Die Herausforderungen der Zukunft werden wir nur gemeinsam meistern, denn keine Gesellschaft kann es sich leisten, auf das Potenzial der Hälfte der Menschheit zu verzichten! Auch der Internationale Frauentag 2018 beschäftigt sich Österreichweit mit diesen Themen unter dem Motto: „Mehr Bewegung. Mehr Beteiligung. Mehr Feminismus.“

Wie jedes Jahr begehen wir den Internationalen Frauentag in Nie-

derösterreich gemeinsam. Schon jetzt laden wir herzlich ins Schloss Seyring, 2201 Gerasdorf, Schloss Straße 7, am 2. März, 18:30 Uhr, ein. Ein spannender Talk mit interessanten Gästen, ein atemberaubendes Kulturprogramm und anregende Gespräche runden die Veranstaltung ab. Wir freuen uns auf euer Kommen!

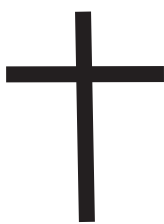


von Anni Mitterlehner, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

Keine Autobahn, kein Wachstum

Nö. Bezirke, die keine Hochleistungsstraßen zu den Ballungszentren haben, sind von Abwanderung betroffen und verlieren Einwohner. Das bestätigt die jüngste Studie der Statistik Austria über die Bevölkerungsentwicklung Niederösterreichs in den Jahren 2016 bis 2017. Betroffen von dieser Entwicklung sind in erster Linie das Waldviertel und das Alpenvorland. Wie der NÖ Wirtschaftspresdienst dem Bericht der Statistik Austria entnimmt, haben im Vorjahr die Waldviertler Bezirke Gmünd (minus 456 oder 1,2 Prozent auf 37.000 Einwohner) und Waidhofen/Thaya (minus 327 oder 1,2 Prozent auf 26.000) erkennbare Bevölkerungsrückgänge hinnehmen müssen. Ebenfalls rückläufige Zahlen verzeichnen die Bezirke Zwettl (minus 284 bzw. 0,7 Prozent auf 42.500 Einwohner) und Horn (minus 196 bzw. 0,6 Prozent auf 31.300). Ohne leistungsfähige Schnellstraße fährt auch der Alpenvorland-Bezirk Lilienfeld weiter auf Schrumpfkurs: Dort ist die Einwohnerzahl 2017 um 317 oder 1,2 Prozent auf nur noch 25.900 gesunken.

Trauer um Peter Almesberger



Große Betroffenheit herrscht beim NÖ GVV und der SPÖ NÖ über das plötzliche Ableben des Gablitzer Vizebgm. Peter Almesberger - er ist am 11. Februar überraschend im Alter von nur 44 Jahren verstorben. „Mit ihm verlieren wir einen engagierten Freund, politischen Mitstreiter und erfolgreichen Kommunalpolitiker“, zeigt sich Landesparteivorsitzender LR Franz Schnabl bestürzt.

Tief betroffen auch NÖ GVV-Präsident LAbg. Bgm. Rupert Dworak: „Wir haben einen langjährigen Wegbegleiter verloren, der uns sehr fehlen wird. Sein früher und plötzlicher Tod ist unfassbar. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden seinen Angehörigen.“

Fotos: z.V.g.

Gemeinden als Passbehörde

Ankündigung von LH Mikl-Leitner ist eine uralte Forderung des NÖ GVV

Ab Herbst 2018 sollen die NiederösterreicherInnen ihre Reisepässe direkt in den Gemeindeämtern beantragen können - das kündigten Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und der NÖ-Gemeinebundpräsident Alfred Riedl bei einer gemeinsamen Pressekonferenz medienwirksam an.

„Eine längst überfällige Maßnahme“, meint dazu NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak: „Schon seit Jahren fordert der NÖ GVV eine Verwaltungsreform, in der die Gemeinden noch mehr Kompetenzzentren für die BürgerInnen werden müssen.“

Das ist aber nur ein erster Schritt in diese Richtung. Die Bezirkshauptmannschaften sollten künftig nur mehr Beratungszentren für die Gemeinden sein und gleichzeitig noch wesentlich mehr Kompetenzen, wie beispielsweise die Anmeldung für die Pflegeheime, an die Kommunen abgeben, die so in ihrer Funktion als Kompetenzzentren für die BürgerInnen gestärkt werden müssen.“



NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak, österreichischer Reisepass.

KOPAK-Seminarprogramm - 1. Semester 2018	
Gemeindefinanzen	19. und 20. Februar 2018, Beginn: Montag, 9:00 Uhr, Ende: Dienstag, ca. 16:30 Uhr, Seminarbeitrag: 95,- Euro, GVV-Niederösterreich, 3100 St. Pölten ReferentInnen: Mag. Alexander Maimer, Marion Handler
Basisseminar	23. und 24. Februar 2018, Beginn: Freitag, 9:30 Uhr, Ende: Samstag, ca. 17:00 Uhr, Seminarbeitrag: kostenlos, Hotel Wiental, 3021 Pressbaum ReferentInnen: Dipl. Ing. Dr. Hannes Giefing, Walter Heinisch MBA
Bauordnung	5. und 6. März 2018, Beginn: Montag, 9:00 Uhr, Ende: Dienstag, ca. 16:30 Uhr Seminarbeitrag: 95,- Euro, GVV-Niederösterreich, 3100 St. Pölten ReferentInnen: Dipl. Ing. Jens DeBuk, Ing. Nina Krieger
Debatten- und Kampfrhetorik	13. und 14. April 2018, Beginn: Freitag, 13:30 Uhr, Ende: Samstag, ca. 16:30 Uhr, Seminarbeitrag: 95,- Euro, Lengbachhof, 3033 Alt Lengbach ReferentInnen: Mag.a Sylvia Kögler, Lena Doppel
Das Prüfungswesen in der Gemeinde	17. April 2018, Beginn: Dienstag, 9:00 Uhr, Ende: Dienstag, ca. 16:30 Uhr. Seminarbeitrag: 65,- Euro, GVV-Niederösterreich, 3100 St. Pölten. Referentin: Dr. Andrea Riedler
NLP & Co.... oder wie mir andere das Wort im Mund (nicht) umdrehen	11. und 12. Mai 2018, Beginn: Freitag, 13:30 Uhr, Ende: Samstag, ca. 16:30 Uhr, Seminarbeitrag: 95,- Euro, Seminar-Park-Hotel, 2651 Hirschwang ReferentInnen: Mag.a Sylvia Kögler, Mag. Christian Kraxner
Anmeldung über die jeweilige Regionalgeschäftsstelle	



„Ich werde für unsere Gemeinden im Parlament ein Ombudsmann sein!“

Ein Niederösterreicher ist der neue Kommunalsprecher der SPÖ-Fraktion im Nationalrat. Andreas Kollross (46), Bürgermeister von Trumau im Bezirk Baden, ist zwar ein Neuling im Parlament, aber ein überaus erfahrener und auch sehr erfolgreicher Kommunalpolitiker. Im großen KI-Interview spricht er darüber, wie er seinen neuen Sprecher-Job zum Wohle der Gemeinden anlegen und nutzen will.



Wie tut sich die SPÖ-Parlamentsfraktion mit der ungewohnten Oppositionsrolle?

Nun, da ist mit Sicherheit noch etwas Luft nach oben, das muss sich erst alles richtig einspielen. Schließlich muss nicht nur Opposition gelernt werden, nach der Wahl sind ja auch viele neue Abgeordnete im Klub. Für die Sozialdemokratie wird es die nächsten fünf Jahre nicht nur wichtig sein aufzuzeigen, was alles falsch ist, was diese Regierung so macht, damit werden wir wahrscheinlich ohnehin genug Arbeit haben, sondern auf der anderen Seite muss es auch darum gehen, ein sozialdemokratisches Österreich zu zeichnen und eigene Vorschläge zu machen. Aber wenn man nun so lange Regierungspartei war, dann braucht man eben eine bestimmte Zeit, bis man mit der neuen Rolle zurechtkommt.

Neueinsteiger bekommen ihren Sitz im Hohen Haus meist in der letzten Reihe, bei den Hinterbänkern. Das ist Ihnen ja erspart geblieben. Mit dem Sitz Nummer 144 starten Sie in der vorletzten Reihe, gleich neben dem St. Pöltner Neueinsteiger Robert Laimer. Der frühere Landesrat und Neueinsteiger Maurice Androsch debütiert sogar noch eine Reihe weiter vorn. Wie wichtig ist die Sitzposition heute noch?

Mir persönlich ist die Sitzposition vollkommen egal. Aber wahrscheinlich gibt es den oder die einen/eine, der/die das anders bewertet. Der Rummel darüber hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, dass die vorderen Reihen öfter in den Schwenk der Fernsehkameras geraten. Aber am Ende des Tages geht es nur darum, welche Aufgaben du bekommst.

Dafür sind Sie ja ein gutes Beispiel: ganz neu im Parlament und gleich zum Kommunalsprecher der SPÖ-Fraktion avanciert. Wie kam es dazu?

Ich bin über die Bundespartei, sprich den Bundes-GVV, gefragt worden, ob ich mir das vorstellen kann. Ich habe das bejaht und dann hat der Bundesvorstand beschlossen, dass er das gerne so hätte und hat das dann an den Klub so weiter gegeben. Dass die Wahl auf mich fiel, ist mir eine große Ehre.

Schließlich sind Sie

nicht der einzige Bürgermeister im Parlament und noch dazu ein Neuling in der Abgeordnetenriege...

Genau. Ich weiß, dass das keine Selbstverständlichkeit ist, dass ich Kommunalsprecher wurde. Aber

ich bin mit Leib und Seele Bürgermeister und werde mit gleichem Einsatz auch meine Herausforderungen im Parlament erfüllen.

Was genau sind die Aufgaben eines Kommunalsprechers?

Die sind, wie die Aufgaben aller anderen Sprecher, nirgends festgeschrieben. Die definiert man sich selbst. Ich denke, dass es darum geht, dass man klar aufzeigt, dass fast jede Maßnahme auf bundes- oder landespolitischer Ebene direkte Auswirkungen auf die Kom-

„Die Auswirkungen auf die Kommunalpolitik aufzeigen“

munalpolitik hat. Weil man jetzt zum Beispiel mit einem Federstrich die Aktion 20.000 beseitigt hat, habe ich jetzt jede Woche Betroffene bei mir auf der Gemeinde sitzen. Ältere Menschen, die verzweifelt sind und dringend einen Arbeitsplatz suchen. Oder wenn es um die Frage von leistbarem Wohnen geht. Der Herr Minister oder der Herr Bundeskanzler haben diese Menschen nicht in ihren Sprechstunden, die landen alle bei mir auf der Gemeinde. Mein Job im Parlament ist es nun, ebendort das aufzuzeigen, was die unmittelbaren Folgen dieser Bundespolitik für die Menschen sind.

Weiters geht es beim Job des Kommunalsprechers auch um Vernetzung - um die Anliegen der Gemeinden generell stärker in die öffentliche Debatte einzubringen. Beispielsweise beim Finanzausgleich, wo ja die Gemeinden am Ende des Tages die sind, die am meisten unter der ungerechten



FACT-SHEET

Andreas Kollross

Bürgermeister von Trumau, SPÖ-Vorsitzender Bezirk Baden, Abgeordneter zum Nationalrat, Kommunalsprecher SPÖ Parlamentsklub.

Familienstand: ledig

Werdegang: Pflichtschule, Elektrikerlehre, Zivildienst. 1989 bis 92 Vorsitzender der SJ Trumau, ab 1993 SJ-Landesvorsitzender. Ab 1995 Vorsitzender der Trumauer Kinderfreunde. 1995 bis 2003 Gemeinderat in Trumau, ab 1998 geschäftsführender Gemeinderat bis 2003. 2000 bis 2004 SJ Bundesvorsitzender. Im Oktober 2004 wurde Kollross bei den Kinderfreunden

Landesvorsitzender, im November 2005 avancierte er zu deren stellv.

Bundesvorsitzenden. Am 6. Juni 2013 Wiedereinstieg in die Kommunalpolitik, gleichzeitig wurde Kollross einstimmig zum Bürgermeister der Marktgemeinde Trumau gewählt.

Bei der GRW 2015, seinem ersten Antreten als Spitzenkandidat, erreichte die SPÖ Trumau ein Plus von 9,21 Prozentpunkten und satte 74,82% der Stimmen - das ergab 18 von 23 Mandaten. Im November 2016 wurde Kollross zum Bezirksparteivorsitzenden der SPÖ Baden und zu deren Spitzenkandidaten für die NRW 2017 gewählt. Seit 9.

November 2017 sitzt Kollross für den Regionalwahlkreis Thermenregion im Nationalrat und ist dort seit 20. Dezember Kommunalsprecher der SPÖ-Fraktion.

Verteilung von Aufgaben und Geld leiden. Und mit immer weniger Geld kann man schon gar nicht immer neue Angebote für die BürgerInnen schaffen.

Ich sehe also meinen Job als Kommunalsprecher als Ombudsmann der Gemeinden im Parlament. Genau so will ich mein Wirken auch anlegen. Und ich will auch dort, wo es möglich ist und gewünscht wird, in den nächsten fünf Jahren bei den BürgermeisterInnen in den Bundesländern unterwegs sein, um mir vor Ort genau anzuhören, wo es welche Anliegen gibt. Denn die Bundesländer sind durchaus unterschiedlich gestaltet und ein Bürgermeister in

Oberösterreich oder in der Steiermark hat mitunter ganz andere Herausforderungen und Fragestellungen als ein Bürgermeister in Niederösterreich.

BürgermeisterInnen bringen Realität ins Parlament

Was hat das Parlament davon, wenn hier auch einige BürgermeisterInnen sitzen?

Vor allem Realität und Lebensnähe. Denn die Mehrheit der Parlamentarier sind natürlich keine Bürgermeister und hat deshalb auch nicht den engen Kontakt zur Bevölkerung, wie ihn ein Bürgermeister meiner Erfahrung nach hat. Und wenn man nicht tagtäglich

damit konfrontiert ist, wie schlecht es den Leuten jetzt wirklich geht, dann kann man als schwarzblauer Abgeordneter viel leichter politische Entscheidung gegen die Mehrheit der Bevölkerung treffen...

Kann auch die eigene Gemeinde profitieren, wenn ihr Bürgermeister Nationalratsabgeordneter ist?

Das glaube ich – in der augenblicklichen Konstellation, wo wir in Opposition sind – eher nicht. Außerdem sind wir alle gelernte NiederösterreicherInnen. Und wir wissen, dass in diesem Land politische Kritik an einer bestimmten Partei sich nicht unbedingt positiv auf die finanzielle Ausgestaltung der eigenen Gemeinde auswirkt.

Welche kommunalen Themen wollen Sie ins Hohe Haus tragen?

Für mich ist die Frage des leistbaren Wohnens mit Sicherheit ein Thema, das unbedingt in den Nationalrat gehört. Die Frage der Wohnbauförderung, die Frage, ob es noch zeitgemäß ist, wie wir fördern. Dass wir im Speckgürtel rund um Wien, wo die Grundstückspreise ganz andere sind, als im Waldviertel, die gleiche Förderung haben. Oder ob es nicht zeitgemäßer wäre, hier endlich ganz andere Fördermodelle zu entwickeln. Weiters denke ich, dass auch die Wohnbeihilfe gänzlich neu gestaltet werden muss. Ich sehe es nicht ein, dass nur wohnbaugefördernte Wohnungen Wohnbeihilfe erhalten und nicht-wohnbaugefördernte Wohnungen keine.

Dann die ganzen wichtigen Fragen des Arbeitsmarktes. Mit dem Aussetzen der Aktion 20.000 kann ich mich noch immer nicht anfreunden. Noch dazu weil wir im Bezirk Baden dafür Pilotregion waren und davon sehr profitiert haben. Ich selber habe in meiner Heimatgemeinde Trumau über die Aktion sieben Langzeitarbeitslose

Fotos: www.fotoplutsch.at



aufnehmen können und wir hätten möglicherweise noch den einen oder anderen weiteren Arbeitslosen beschäftigt, wäre die Aktion nicht so frühzeitig wieder abgedreht worden. Für eine Gemeinde mit 4.000 Einwohnern ist so eine Bilanz ja nicht schlecht. Da gibt es weit größere Gemeinden, die das nicht geschafft haben. Und für Trumau ist, das eine Win-win-Situation: Die Langzeitarbeitslosen haben einen guten Job und die Gemeinde kriegt deren Beschäftigung gut gefördert.

Drittens ist für mich und meine Arbeit als Kommunalsprecher selbstverständlich auch die finanzielle Ausgestaltung der Gemeinden ein Thema, das ich ins Parlament tragen will. Zum Beispiel die alte Diskussion, warum eigentlich die Ertragsanteile, die ja den Gemeinden gehören, zuerst den Weg über das Land machen müssen. Und gleichzeitig bei der Verteilung des Geldes die finanziellen Bewertungen der Bürger ganz unterschiedlich ausfallen – je nachdem wo sie wohnen. Im Westen oder im Osten Österreichs. Jeder Bürger, je-

de Bürgerin in Österreich muss dem Staat gleich viel wert sein. Ganz gleich, wo er, wo sie den Wohnsitz hat. Ich verstehe schon, dass es einen Unterschied macht, ob man eine Gemeinde mit viel Kommunalsteuereinnahmen hat, oder eine mit wenig bis gar keiner.

„Gemeinden könnten viele BH-Aufgaben übernehmen“

Aber das darf meiner Meinung nach nicht bedeuten, dass ich in der Gemeinde X 600 Euro pro Einwohner bekomme und in der Gemeinde Y 800, 900 oder 1.000 Euro.

Wie sollen sich die Kompetenzen der Gemeinden in Zukunft entwickeln?

Also was da kürzlich in Niederösterreich in Sachen Verwaltungsreform und Gemeinden als Passämter durch die Medien ging, finde ich ja recht spannend. Praktisch war die Vorgangsweise so eine klassische ÖVP-Geschichte. Kurz vor einer Wahl, in diesem Fall war es die nö. Landtagswahl, ging die NÖVP mit dieser Idee medienwirksam an die Öffentlichkeit und in

Wirklichkeit waren das Forderungen, die die SPÖ und auch der GVV schon lange vorher aufgestellt haben. Auch ich persönlich habe das bei mir im Bezirk schon vor mehr als einem Jahr thematisiert, weil ich der Meinung bin, dass näher zum Bürger auch bedeutet, dass verschiedenste Aufgaben der Bezirkshauptmannschaften sehr wohl von den Gemeindeämtern übernommen werden könnten. Natürlich muss man für diesen Fall auch ernsthaft über die finanzielle Ausgestaltung der Gemeinden reden und ihnen die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellen, damit sie das auch personaltechnisch leisten können. Gleichzeitig müssen die Tintenburgen, die Bezirkshauptmannschaften verringert werden. Sonst hat das ja wenig Sinn.

Wenn ich mir nur den Bezirk Baden anschau, und so wird es wohl auch in vielen anderen Bezirken sein: Wenn man nicht mobil ist, dann ist es oft eine kleine Weltreise mit den Öffentlichen, um in die Bezirkshauptstadt zur BH zu kommen – nur um Dinge zu erledigen,





en, weil Volksschule oder Kindergarten aus den Nähten platzen.

Stichworte FAG-Verhandlungen, grauer Finanzausgleich, 15a-Vereinbarungen: Sehen Sie als Kommunalpolitiker und Bundespolitiker in einer Person, bei Ihrer Arbeit im Parlament im Fall des Falles auch die Gefahr eines Interessenkonfliktes?

Ich denke eher nicht. Aber das wird auf den Einzelfall ankommen. Für mich kann ich aller-

die auch das Gemeindeamt vor Ort locker erfüllen könnte.

Was gilt es aus Ihrer Sicht für die Kommunen in Sachen Finanzausgleich zu verbessern?

Das eine habe ich ja schon angesprochen: Jeder Bürger muss, ganz egal wo er wohnt, gleich viel wert sein. Und natürlich muss eine klare Aufgabentrennung her: Wer zahlt, schafft auch an. Ich sehe zum Beispiel nicht ein, dass wir als Gemeinden keinerlei Einfluss darauf haben, was uns jedes Jahr in Sachen Finanzierung der Krankenhäuser abgezogen wird. Das wird jedes Jahr mehr und mit dieser steten Kostensteigerung zwingt man die Gemeinden zu wachsen und wenn du nicht wächst, hast du automatisch weniger Budget als im Jahr davor zur Verfügung. Wächst du zu viel, hast du wieder zusätzlich Infrastrukturkosten, die die Gemeinden ebenfalls belasten.

Das heißt: Du musst irgendwie einen Mittelweg gehen, den du oft aber nicht findest. Deshalb wäre es für die Gemeinden enorm wichtig, künftig in allen Belangen absolute

Planungssicherheit zu erlangen. Das heißt auch, dass all jene Dinge, die mit den Gemeinden nicht unmittelbar zu tun haben, auch nicht über diese finanziert werden sollen. Gerade die Frage der Spitalerhaltung müsste nach meinem Verständnis ganz weg von den Gemeinden. Dann zwingst du die Gemeinden auch nicht ständig, jedes Jahr zu wachsen, ständig zu bau-

dings sagen, dass mein Interesse vor allem darauf liegt, die BürgermeisterInnen zu vertreten. Denn in meiner Gemeinde bin ich zu Hause und hier bekomme ich es täglich hautnah mit, wie es den Menschen geht. Ich denke, dass ich solchen eventuellen Fällen eines Interessenkonflikts mit Sicherheit immer auf der Seite der Gemeinden stehen werde.



Fotos: www.fotoplutsch.at

Der KI Buch-Tipp Ein Reisebuch, das Spaß macht, für Anspruchsvolle

Das Buch ist haptisch, optisch und inhaltlich schlicht sensationell. Ein Buch für alle, die das Besondere suchen. Eine Tour durch sechs ausgewählte Regionen im Land: Krems, Wachau, Waldviertel, Kamptal, Wagram & Traisental.



Mag.^a Pamela Schmatz (33) hat für ihr Reisebuch viele Ausflüge gemacht – zu regionalen Produzenten, Winzern, Wirten, Künstlern & Geschäftsleuten – zu Menschen, die etwas bewegen im Land. Herausgekommen sind 280 bunte Seiten. Randvoll mit Fotos, Tipps, Rezepten und Insider-Interviews. Ein Reisebuch, das es für Niederösterreich so noch nie

gab. Ein launiger Begleiter, den man immer griffbereit haben sollte. Egal, ob auf der Cabrio-Rückbank. Im Wanderrucksack. Oder als Liegestuhl-Lektüre.

Die Autorin ist bei der Tullner Agentur Friedl & Partner zuständig für Ideen und Texte aller Art. Ausbildungen in Politikwissenschaft, Mediaplanung und Kulturmanagement verschaffen die

nötigen Seitenblicke. Und sie fühlt sich auch hinter der Fotokamera recht wohl. Außerdem ist Pamela Schmatz Autorin des Blogs lustaufkrebms.com.

„Lust auf Niederösterreich“ von Pamela Schmatz erschien im November 2017 im MHM Verlag. ISBN 978-3-9502889-7-1. 280 Seiten. Preis: € 19,90,-.

Victor Adler-Plakette für Johann Maier

Große Ehre für LAbg. a.D. Johann „Hans“ Maier aus Schrems (Bez. GD): Landesparteivorsitzender Franz Schnabl überreicht ihm die Victor Adler-Plakette, die höchste Auszeichnung für Verdienste rund um die österreichische ArbeiterInnenbewegung. Maier war nicht nur als Gemeindevandant und Landtagsabgeordneter tätig, er engagierte sich auch jahrzehntelang bei den SPÖ-Organisationen. Besonders geschätzt war sein Wirken als kompetenter Waldviertelbetreuer des NÖ GVV - der auch herzlichst zur verdienten Auszeichnung gratuliert!



Hans Maier (Mitte) bei seiner Ehrung im Volksheim Heidenreichstein - mit NR Conrad Antoni und Landesparteivorsitzenden Franz Schnabl (r.).



Die Marktgemeinde Puchberg im Winter bei Nacht mit Pfarrkirche und Burgruine. Im Hintergrund der Schneeberg.

Puchberg am Schneeberg, Bezirk Neunkirchen

Tourismus mit Tradition & Zukunft

Der prächtige Schneeberg, 2.075 Meter hoch, ist das größte touristische Kapital des Ortes, der schon zu Kaisers Zeiten zu den ersten Sommerfrischegemeinden Österreichs avancierte. Heute muss Puchberg den Spagat zwischen dieser Tradition und einem modernem Tourismus schaffen.

Man mag es kaum glauben, aber alle Schutzhütten am mächtigsten Berg des Landes sind jetzt an das Kanalnetz angeschlossen. Ein wahres Mega-Projekt, das nun abgeschlossen wurde. Ferner hängen die Hütten jetzt auch an der Trinkwasserversorgung. Das klingt recht banal, ist es aber ganz und gar nicht.



Links: Gemeindeamt. Oben: 32,5 Jahre war Michael Knabl (l.) Orts-Chef. Amtsnachfolger Bgm. Florian Diertl überreichte ihm im Herbst 2017 die Ehrenbürger-Urkunde.

Fotos: Marktgemeinde Puchberg; NÖ GW (1)



1 Burg, Kirche 2 Alm-Impression 3 Zahnradbahn-Bahnhof Hochschneeberg mit Salamander-Zug & Hotel 4 Sebastian-Wasserfall

Der Schneeberg gilt zwar als riesiges Wasserreservoir, aber seine Quellen treten unten aus. Also muss das Trinkwasser zu den Hütten auf den Berg hinauf gepumpt werden. Auch das ist jetzt erledigt. Kanalisierung und Trinkwasserversorgung des Schneebergs sind zwei große Schritte, die Puchberg in einen modernen Tourismus führen.

Schon Kaiser Franz Joseph I. und seine berühmte Gattin Sisi liebten Schönheit und Klima des Luftkurortes und kamen immer wieder mal zu Besuch. Die Eisenbahnverbindung Puchberg-Wiener Neustadt und die

am 15. April 1897 eröffnete Zahnradbahn auf den Hochschneeberg beförderten den Wandel Puchbergs von einem rein landwirtschaftlich geprägten Ort zum einem der ersten Fremdenverkehrshotspots der Monarchie.

Seitdem avancierte Tourismus zum wirtschaftlichen Thema Nummer eins im Ort. Puchberg hat außerdem das Glück von zwei Saisons, Winter und Sommer. Über die vielen Jahrzehnte gab es aber etliche Auf und Abs. Zur Zeit geht es wieder bergauf. 2016 wurden 75.000 Nächtigungen gezählt, 2017

waren es schon 78.000. Dabei spiegeln die reinen Nächtigungszahlen das wahre touristische Potenzial Puchbergs gar nicht so recht wieder. Denn auch das Tagestourismus-Aufkommen, vor allem aus der nicht fernen Bundeshauptstadt Wien, ist mitunter gewaltig.

Aber Puchberg verfügt derzeit selbstverständlich auch über ein gut gefächertes Angebot an Gästebetten. Leitbetriebe sind hier die beiden 4-Sterne Häuser Schneeberghof und Kurhotel Wanzenböck sowie der Forellenhof (3*). Auch bemerkenswert: das Hotel Hoch-



Atemberaubender Blick vom Schneeberg aus in die Breite Ries - eine markante Einkerbung, die von unten sehr, sehr weit sichtbar ist.



schneeberg, direkt an der Endstation der Zahnradbahn gelegen.

„Für mich ist Puchberg eine der schönsten Gemeinden überhaupt“, schwärmt Bürgermeister Ing. Florian Dierl (61), ein pensionierter ÖBB-Bautechniker. „Wir sind eine wichtige Fremdenverkehrsgemeinde und uns unserer großen touristischen Tradition sehr bewusst. Wir können nicht nur unseren Gästen sondern auch unseren BürgerInnen eine tolle Infrastruktur und eine hohe Lebensqualität bieten. Ich will nicht nur den Fremdenverkehr weiter modernisieren, sondern möchte auch unser Puchberg für alle Generationen lebenswert erhalten, unsere jungen Leute im Ort behalten

und neue Leute motivieren, ihren Hauptwohnsitz nach Puchberg zu verlegen.“

Damit spricht der Bürgermeister ein Problem an, das sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgezeichnet hat. 1971 zählte die schmucke Gemeinde am Fuße des Schneebergs 3.406 EinwohnerInnen (Höchststand). Seitdem gab es einen steten leichten Rückgang bei der Bevölkerungszahl. Erst 2013 wurde die Trendwende geschafft, seitdem steigen die Zahlen wieder leicht an.

Was den Bürgermeister besonders freut: „Die Jugend will wieder vermehrt in Puchberg bleiben. Wir haben nun immer eine gute Nachfrage

nach Wohnungen. Und auch eine Warteliste dafür.“ 90 Gemeindewohnungen und rund 60 Genossenschaftswohnungen (Pötschinger, Südraum) gibt es derzeit in Puchberg. Die Menschen finden hier eine intakte und komplette Infrastruktur. Lediglich die Polizeiinspektion wurde 2014 von Innenministerin Mikl-Leitner zugesperrt. Und als das Postamt 2011 zuspernte, ist die Gemeinde nahtlos eingesprungen. Sie ist jetzt mit ihrem Tourismusbüro Postpartner. Das kommt bei den BürgerInnen sehr gut an.

Die Gemeinde wächst nun so, dass ein alter eingruppiger Kindergarten abgerissen und ein neuer mit zwei Gruppen gebaut werden soll.

Einen weiteren zweigruppigen Kindergarten gibt es bereits. Und sogar eine gemeindeeigene Krabbelstube.

Mehr als 30 Vereine (!) sorgen für ein reges Dorfleben und einen bunten Veranstaltungskalender. Events wie das Au-Fest, das Mittelalter-Fest, Rock am Teich, die Irish Night, der Advent in der Burg oder der Lichterlpark ziehen auch viele Besucher von auswärts an.

Bei den Vereinen ist unbedingt die Puchberger Bergrettung hervorzuheben, die mit den KollegInnen aus dem nahen Schwarzatal (Bergrettung Payerbach, Reichenau) die ersten Bergretter Österreichs waren - und wen es von den beiden wirklich als allererstes gegeben hat, dar-

über wird heiß diskutiert... Die höchst professionellen Einsatzkräfte haben im Lauf der Jahre unzählige Leben gerettet. Auch so manchem „Halbschuhtouristen“, der sich mit ungenügender Ausrüstung, kleinem Verstand und null Erfahrung in Gefahr gebracht hatte. Vor allem im Hochsommer haben die Bergretter Hochbetrieb.

Ein Touristenmagnet ist auch der Sebastian-Wasserfall, rund fünf Kilometer vom Ortszentrum entfernt. Er ist eine echte Sehenswürdigkeit und der felsige Hang ist auch bei Fels- und Eisklettern sehr beliebt.

Dafür, dass der Ort am Fuße eines Bergmassivs in einer „Sackgasse“ liegt, ist auch die öffentliche Ver-

kehrsanbindung ist recht ordentlich: mit der Bahnverbindung Puchberg-Wiener Neustadt und zwei Buskursen. Einer führt in die Bezirkshauptstadt Neunkirchen und der zweite in die Regionalmetropole Wiener Neustadt.

Die Nebenbahn Puchberg-Wr. Neustadt war 2017 wieder mal von der Schließung bedroht gewesen, doch die Region rebellierte. Alle Bahnanrainergemeinden verabschiedeten Resolutionen gegen die Schließung und Florian Dierl persönlich pilgerte zu diversen Entscheidungsträgern. Der Bürgermeister: „Das war mir ein großes Anliegen, eine Herzensangelegenheit sozusagen. Unsere Hartnäckig-

- 1 Vier-Sterne-Luxus: der Schneeberghof 2 Touristenmagnet: das Elisabethkirchlein am Hochschneeberg
3 Schleppliftbetrieb auf der Wunderwiese. 4 Seit letztem Jahr kann man in Losenheim auch im Sommer Skifahren.



Fotos: Marktgemeinde Puchberg; www.fotoplutsch.at (1); z.V.g. (1)

- 1 Winter- und Sommertourismus dominieren. Aber auch im Herbst und Frühling (Bild) versprüht Puchberg seine Reize.
2 Die Firma Rigips, außerhalb gelegen, ist der größte Arbeitgeber vor Ort. 3 Bunt: Mittelalter-Fest auf Burgruine.



DIGILIGHT – KOMMUNIKATION IM ÖFFENTLICHEN RAUM WIRD DIGITAL

Ob Amtstafel mit umfangreichem Bürgerservice, Info-Tafel für Touristen oder schlicht eine gut platzierte Werbefläche – die Anwendungsmöglichkeiten der Bildschirme der Firma Digilight im öffentlichen Raum sind breit gefächert – und für Gemeinden überaus attraktiv. Besonders im kommunalen Bereich investiert Digilight massiv, um weitere Standorte in ganz Österreich zu vernetzen.

Die Vorteile der Info-Säulen für Kommunen, aber auch für Touristen: Digilight kann überall eingesetzt werden, wo zielgruppenorientierte und aktuelle Information gefragt ist. Zum Beispiel in Stadt- oder Gemeindezentren in Tourismusregionen, an öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen oder Bushaltestellen. Via Touch-Screen, also einen bedienbaren Bildschirm, können Informationen auf einem modernen Digilight jederzeit abgefragt werden. Alles schnell, aktuell und einfach.



UNSER ANGEBOT – IHRE VORTEILE:

- Digilight stellt Ihrer Gemeinde digitale Stelen 47" mit einem oder 2 Screens **kostenlos** zur Verfügung
- Für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern stattet Digilight **zusätzlich** einen Screen **mit Touchfunktion** aus
- Die Gemeinde erhält **25% der gesamten Sendezeit** für Bürgerinformation zur Verfügung gestellt
- Nachdem die Anlagen durch Werbeeinschaltungen vollständig finanziert sind (ca. 4 Jahre) erhält die Gemeinde quartalsweise **10% des Nettowerbeumsatzes zusätzlich** zur Sendezeit vergütet
- Stärkung regionaler Gewerbebetriebe vor Ort
- Unkompliziert einzuspielende und tagesaktuelle Tourismusinformationen
- Hohe Aufmerksamkeit durch bewegte Bilder
- Abwechslungsreiche Inhalte machen das Medium zum Blickfang
- Die Finanzierung der Stelen erfolgt über Werbeausstrahlungen aus dem Digilight Werbenetz
- Digilight spielt die Werbeeinhalte ein und sorgt für einen reibungslosen Betrieb der Screens
- Veränderung von Werbeeinhalten und Informationen innerhalb von Sekunden
- Keine Kosten für Plakatproduktion und Affichierung
- Umwelt- und ressourcenschonend
- Know-How durch den Marktführer
- Moderne, einheitlich gestaltete und vandalismussichere digitale Werbeflächen
- Im Gegenzug stellt die Gemeinde Aufstellplätze mit hoher Passantenfrequenz, inklusive Strom (230V), Anschluss und Fundament/befestigter Untergrund, kostenfrei zur Verfügung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

KONTAKT UND INFOS:

Mag. Verena Feiertag, Digilight Werbe- und Netzwerk GmbH, Tech Park Vienna

A-1230 Wien, Gutheil-Schoder-Gasse 17
Telefon: +43 699 1997 1037 | Fax: +43 1 996 2005-90 | E-Mail: feiertag@digilight.at



Schmuck: Mitten im Zentrum liegt der Kurpark mit dem Musikpavillon, wo im Sommer regelmäßige Konzerte statt finden.

keit hat sich bezahlt gemacht, die Schließung wurde verhindert.“

Finanziell steht die Marktgemeinde nicht schlecht da. Das Budget im ord. Haushalt beträgt rund 5,4 Millionen Euro, der Rechnungsabschluss 2017 war ausgeglichen. Die 108 Betriebe des Ortes beschenken der Gemeinde Kommunalsteuereinnahmen von 376.000 Euro. Größter Betrieb mit rund 50 Jobs ist die Firma Rigips - auch der Gipsabbau hat in Puchberg schon lange Tradition. Und: Um 1900 gab es hier auch noch 38 Sägewerke, heute sind es gerade mal zwei.

Was steht denn, nach so gut wie

finanzierter Kanalisation und Trinkwasserversorgung der Schutzhütten, in nächster Zeit noch am Arbeitsprogramm der Gemeinde, Herr Bürgermeister? Diertl: „Wir denken gerade über einen Jugendtreffpunkt nach. In Sachen Kindergartenneubau hat die Landesregierung den Bedarf schon bestätigt. Im Idealfall starten wir heuer mit dem Bau. Und dort am Nebengrundstück wollen wir auch eine neue Wohnanlage errichten. Ob Seniorenwohnungen oder Startwohnungen für Junge oder auch eine Art Generationenwohnhaus als Mischform von beidem, wird noch überlegt.“



Fotos: Marktgemeinde Puchberg

Klein, aber wirklich fein - das Puchberger Freibad.

FACT-SHEET

Puchberg am Schneeberg

Marktgemeinde im Bezirk Neunkirchen, Industrieviertel.
Einwohner: 2.688,
plus 909 Zweitwohnsitzer.

3 Katastralgemeinden:
Puchberg, Rohrbach im Graben, Stolzenwörth.
Fläche: 83,36 km², Seehöhe: 577m (Gemeindeamt). Der höchste Punkt der Gemeinde ist aber das 2075 m hohe Klosterwappen, der Hauptgipfel des Schneebergs, gleichzeitig höchster Berg in NÖ. Der Schneeberg ist überdies eine der wichtigsten Trinkwasser-Ressourcen in Ostösterreich und versorgt Wien seit 1873 über die 1. Wr. Hochquellenwasserleitung.
Gemeinderat (21 Mandate):
11 SPÖ, 9 ÖVP, 1 FPÖ.

Besonderheiten: Luftkurort, mehrfacher Blumenschmucksieger, Tourismusgemeinde - hier urlaubten auch Kaiser Franz Joseph I. und Kaiserin Elisabeth. Ein Besuch des zu Ehren seiner Gemahlin Elisabeth errichteten Kirchleins führte den Kaiser 1902 sogar auf den Schneeberg-Gipfel. Mitglieder des Kaiserhauses waren danach einige Sommer in Puchberg zu Gast. Zahnradbahn, Mehrzweckhalle, Skigebiet (ganz neu auch mit Matten-Sommerbetrieb), Hochseilgarten, Wunderwiese, Kurpark, Wasserfall, Burgruinen, Schneebergmuseum, Eisenbahnmuseum, Oldtimermuseum.

TIPP

Falls Sie in Ihrer Gemeinde jemanden kennen, die/der gerne eine Ausbildung zur HeimehelferIn machen möchte, die Volkshilfe NÖ führt laufend Kurse in ganz NÖ durch (Wiener Neustadt, Sankt Pölten, Waidhofen / Thaya, Ybbs / Donau). Die Volkshilfe NÖ bildet auch kostenlos aus!



Was mobile Pflege und Betreuung 2018 in Niederösterreich kosten

Der Online-Preisrechner der Volkshilfe NÖ ist bei der Berechnung der Kosten und Förderungen für die mobile Pflege und Betreuung in Niederösterreich behilflich. Mit den Werten von 2018 aktualisiert, steht er ab sofort kostenlos auf www.preisrechner.at zur Verfügung.

Die Kosten der mobilen Pflege und Betreuung sind in Niederösterreich auf das Einkommen und die Pflegegeldstufe abgestimmt. Meist fördert das Land NÖ einen Teil davon. „Wie hoch die Landesförderung ist und welcher Rechnungsbetrag selbst zu tragen ist, kann mit unserem Rechner einfach und rasch berechnet werden“, informiert der Präsident der Volkshilfe NÖ Prof. Ewald Sacher.

„Der Online-Preisrechner bewährte sich in den vergangenen Jahren sehr“, erklärt der Geschäftsführer der Volkshilfe NÖ und Initiator des Preisrechners KommR Mag.(FH) Gregor Tomschizek, „allein im Jahr 2017 nutzten über 20.000 BesucherInnen dieses Tool.“

Mobile Pflege. Die mobile Pflege (Hauskrankenpflege) ermöglicht einen selbst bestimmten Verbleib in der gewohnten Umgebung - trotz

veränderter Lebensumstände aufgrund von Krankheit, Behinderung oder altersbedingten Bedürfnissen. Die KundInnen der Volkshilfe leben weiterhin in ihrer vertrauten Umgebung und müssen auf gewohnte Kontakte nicht verzichten. Die Erfahrung und Professionalität des diplomierten Gesundheits- und Pflegepersonals sowie der PflegehelferInnen gleichen Defizite aus und unterstützen die KundInnen bei der Bewältigung der veränderten Lebenssituation.

Mobile Betreuung. Die Aufgabe der HeimehelferIn ist die Betreuung zu Hause, Aufmunterung, Trost, Beistand und Begleitung von Menschen, welche auf Grund von Krankheit oder ihres Alters allein nicht mehr zurechtkommen. Gemeinsam meistern sie die täglichen Herausforderungen. Soziale Kontakte werden aufrechterhalten, Isolation und

Vereinsamung verhindert, das Leben zu Hause erleichtert. Die HeimehelferInnen der Volkshilfe kommen direkt nach Hause. Sie arbeiten mit Fachkräften aus dem Gesundheits- und Sozialbereich zusammen.

Persönliche Beratung. Selbstverständlich stehen die MitarbeiterInnen der Volkshilfe NÖ / SERVICE MENSCH GmbH auch weiterhin für eine genaue Berechnung der Kosten und Förderungen in einem persönlichen Beratungsgespräch zur Verfügung. Falls noch kein Pflegegeld bezogen wird, helfen diese auch bei der Antragstellung, informieren über eine mögliche Erhöhung der Pflegegeldstufe und beantworten Fragen rund um Pflege und Betreuung.

Alle Infos unter der Hotline:
0676 / 8676,
oder Fragen per E-Mail an:
center@noe-volkshilfe.at

Foto: Shutterstock



Die SportlerInnen des DomiZiels mit (hinten v.l.): Prof. Dr. Hannes Bauer, Landessekretärin JG NÖ und Organisatorin Nicole Schmaldienst, JG NÖ LV Albert Scheiblauber, Michael Kögl (Landtagskandidat JG NÖ), Dr. Martina Amler (NÖGKK), Bundesparteivorsitzender Christian Kern, Kathrin Schindele (Landtagskandidatin St.Pölten), Bundesrat Rene Pfister, NÖ Frauen LV Elvira Schmidt, David Majcen, NR Robert Laimer, StR und Obmann des DomiZiel St.Pölten Dietmar Fenz, Dr. Alexandra Meixner.

Vom Reden und vom Handeln

„Die Menschen erwarten sich von der Politik, und insbesondere von der Sozialdemokratie keine leeren Versprechungen, sondern ein aktives Tun.“ - so der LTW Spitzenkandidat der JG NÖ Michael Kögl.

#FürUnsAlle war der Slogan der JG NÖ im Landtagswahlkampf, der eines deutlich machte: dass es heute wichtiger denn je ist, wertorientiert zu handeln, um sozialdemokratische Politik glaubwürdig gestalten zu können.

Dazu waren mehrere inhaltlichen Forderungen einige ganz konkrete Aktionen und Projekte zur Seite gestellt, um zu zeigen: Auch, wenn man sich nicht in einem politischen Mandat befindet, ist konkret Verbesserung für Menschen machbar. Ein Beispiel dafür war der Versuch, die Studiengebühren auf den FHs zumindest auf heutigem Stand einzufrieren, auch, wenn die schwarzblaue Regierung hier eine Erhöhung möchte - der Ball liegt bei den Trägern und das sind im Fall von Sankt Pölten und Wiener Neustadt die beiden Städte und das Land NÖ. Mit Sankt Pölten gab es dazu schon Gespräche, es wird geprüft, was recht-

lich machbar ist.

Ein anderes Beispiel für diese Form von aktiver Hilfeleistung trotz eines Wahlkampfs, war die Benefizgala zugunsten der SportlerInnen des DomiZiel St. Pölten, die bei den letzten Special Olympics ausgesprochen erfolgreich waren, aber auf Grund der fehlenden Finanzierung um eine erneute Teilnahme zittern mussten.

Nach großartiger Vorarbeit der St. Pöltner Gemeinderätin Denise Tiefenbacher, fehlten den Olympioniken nur mehr rund 8.000 der benötigten 15.000 Euro. Federführend bei der Organisation war JG-Landessekretärin Nicole Schmaldienst, die gemeinsam mit einem kleinen Team in wenigen Wochen die Gala im Kulenarium Kuefstein in St. Pölten auf die Beine stellte. Der Einladung folgten schließlich große Teile der sozialdemokratischen Familie - bis hin zum Bundesparteivorsitzenden Christian Kern, der auch seine Unterstützung zusagte. Es zeigten sich viele solidarisch, folgten dem Aufruf und gingen mit gutem Beispiel voran. Natürlich halfen auch Großspender wie die Naturfreunde NÖ,

Landesparteivorsitzender LR Franz Schnabl, die NÖGKK, die SPÖ NÖ, die Wr. Städtische, die Gewerkschaft Bau-Holz.

Das Ziel wurde erreicht, die SportlerInnen werden erneut in der Lage sein, ihr Können und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Und letztlich geht es genau darum: nicht ständig Eigeninteressen im Blick zu haben, wie es der Politik häufig vorgeworfen wird, sondern dorthin zu schauen, wo Menschen uns brauchen.

Dann wird es nämlich wirklich #FürUnsAlle besser.

This page is powered by:





von Mag.ª Sabine Blecha
Juristin des Verbandes

Ein Bilck auf die neue Datenschutz-Grundverordnung

Teil 1

Ab dem 25. Mai 2018 gilt in Österreich ein neues Datenschutzrecht, die sogenannte Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) der Europäischen Union. Sie ist 2016 in Kraft getreten und nun nach einer 24-monatigen Frist anzuwenden. Das derzeit geltende Datenschutzgesetz 2000 wurde entsprechend angepasst.

Daten sind das Handelsgut unserer Zeit. Facebook, Amazon und Co sammeln jeden Tag eine Menge an Daten über uns, um diese für ihre Zwecke zu nutzen oder weiter zu verkaufen. Während Behörden schon lange mit personenbezogenen Daten verantwortungsvoll umzugehen haben, muss der Umgang von Firmen mit Kundendaten erst entwickelt werden. Aus diesem Blickwinkel war es höchst an der Zeit, dass sich die EU endlich auch mit der Datensicherheit beschäftigt. Die Vorschriften werden wiederum strenger, leider bedeutet so eine Verschärfung der Regelungen auch immer neue Auflagen für die Behörden. Es ist daher unausweichlich, dass sich die Gemeinden mit dieser Thematik befassen.

Datenschutz ist ein Grundrecht. Jede Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist grundsätzlich verboten, es sei denn, das Gesetz erlaubt sie ausnahmsweise. Gegenständliche EU-Verordnung vereinheitlicht nun EU-weit die Regelungen für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen.

Wichtige Begriffe

Als „personenbezogene Daten“

bezeichnet man alle Informationen, die sich auf eine identifizierbare oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Eine Person ist identifiziert, wenn sie sich aufgrund einzelner oder mehrerer Daten in einer Personengruppe von allen anderen Personen unterscheidet und daher eindeutig bestimmt ist (zB Name, Adresse, Geburtsdatum). Eine Person ist identifizierbar, wenn es grundsätzlich möglich ist, die Person zu bestimmen, auch wenn dies (noch) nicht geschehen ist (zB Steuernummer, bereichsspezifisches Personenkennzeichen (bPK), Sozialversicherungsnummer).

„Sensible Daten“ sind personenbezogenen Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, weiters genetische Daten, biometrische Daten, Gesundheitsdaten, Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung.

Auch „pseudonymisierte Daten“ sind personenbezogene Daten, die zwar grundsätzlich noch einer bestimmten Person zuordenbar sind, aber diese Zuordnung nur mit zusätzlichen Informationen möglich

ist, die gesondert aufbewahrt werden und ausreichende technische und organisatorische Maßnahmen getroffen wurden, damit diese Zuordnung nicht erfolgt (zB. statt Namen ein bereichsspezifisches Personenkennzeichen). Nur „anonyme Daten“ sind keine personenbezogenen Daten und fallen daher nicht unter die DS-GVO. Daten sind anonym, wenn sie von niemandem mehr einer natürlichen Person zugeordnet werden können. Dies liegt schon dann vor, wenn die Zuordnung zwar technisch noch möglich, aber – insbesondere in Anbetracht des benötigten Zeit- und Kostenaufwands – mit einer Zuordnung realistischerweise nicht zu rechnen ist.

Als „betroffene Person“ bezeichnet man jene natürliche Person, auf die sich die personenbezogenen Daten beziehen (zB Gemeindebürger, Gemeindebedienstete, Asylsuchende, Touristen). Juristische Personen (zB. GmbH, AG) sind keine betroffenen Personen, werden in Österreich aber weiterhin im Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 geschützt.

Jeder Vorgang, der mit personenbezogenen Daten durchgeführt werden kann, fällt unter den Begriff „Verarbeitung“. Darunter fal-

len also das Erheben, Erfassen, Ordnen Speichern, Anpassen, Verändern, Abfragen, Verwenden, Übermitteln, Abgleichen und Verknüpfen von personenbezogenen Daten. Als „Verantwortlichen“ bezeichnet man jene natürliche oder juristische Person, die – allein oder gemeinsam mit anderen („gemeinsam Verantwortliche“) – darüber entscheidet, ob, wie und für welchen Zweck bestimmte personenbezogene Daten verarbeitet werden. Es gibt sowohl Verantwortliche des privaten Bereichs als auch jene des öffentlichen Bereichs. Wenn Gemeinden entscheiden, ob, wie und für welchen Zweck personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind sie Verantwortliche des öffentlichen Bereichs. Ein „Auftragsverarbeiter“ schließlich ist jene natürliche oder juristische Person, die personenbezogene Daten im Auftrag (Vertrag) des Verantwortlichen verarbeitet. Der Auftragsverarbeiter entscheidet dabei nicht selbst, sondern muss den Weisungen des Verantwortlichen folgen.

Anwendungsbereich

Die DS-GVO gilt sowohl für automatisierte Verarbeitungen (d.h. Verarbeitungen unter Einsatz von Maschinen wie Computern) als auch für gewisse manuelle Verarbeitungen personenbezogener Daten. Manuelle Verarbeitungen fallen nur dann unter die DS-GVO, wenn die personenbezogenen Daten in einem Dateisystem gespeichert sind bzw. gespeichert werden sollen. Papierakten, die nicht elektronisch gespeichert und nicht so sortiert sind, dass man sie nach einzelnen Suchkriterien auswerten kann, fallen nicht unter die DS-GVO, eine alphabetische Kontaktliste in Papierform mit Name, Telefonnummer und E-Mail-Adresse wäre aber beispielsweise ein



durchsuchbares Dateisystem. Ein in Papierform geführter Personallakt oder Verwaltungsakt wird hingegen kein Dateisystem sein, da er zwar in der Regel nach einem Suchbegriff (Name, Geschäftszahl) geordnet aufbewahrt wird, der einzelne Akt selbst hingegen normalerweise keinen geordneten (nach bestimmten Kriterien durchsuchbaren) Inhalt hat.

Verarbeitungen zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, fallen nicht unter die DS-GVO.

Datenschutzbehörde

Für Verarbeitungen einer österreichischen Gemeinde ist in jedem Fall – also unabhängig davon, ob die Gemeinde im Rahmen der Hoheitsverwaltung oder der Privatwirtschaftsverwaltung tätig wird – ausschließlich die österreichische Datenschutzbehörde zuständig.

Verstößt eine Gemeinde gegen den Datenschutz, kann keine Geldbuße verhängt werden, die Datenschutzbehörde kann aber ihre sonstigen Befugnisse nutzen, insbesondere alle anderen Abhilfebefugnisse wahrnehmen wie Verwarnungen, Anweisungen, den Anträgen

von berechtigten Personen zu entsprechen, oder Verarbeitungsvorgänge auf eine bestimmte Weise und innerhalb eines bestimmten Zeitraums in Einklang mit der DS-GVO zu bringen, oder die Verhängung einer vorübergehenden oder endgültigen Beschränkung der Verarbeitung bzw. eines gänzlichen Verbots). Zudem besteht für betroffene Personen ein Recht auf Ersatz jener Schäden, die aus dem Datenschutzverstoß resultieren. Solche Schadenersatzansprüche bestehen auch gegenüber Gemeinden.

Neue Broschüre zum Thema

Die Datenschutz-Grundverordnung führt zu sehr konkreten Erfordernissen bei den Gemeinden. Nicht alle Rahmenbedingungen sind derzeit klar ausformuliert oder ausreichend interpretierbar. Die aktuell erschienene Ausgabe der RFG-Schriftenreihe des Österreichischen Gemeindebundes bietet als ersten Schritt eine Einführung in die komplexe Materie. Das ist wichtig, damit alle Betroffenen wissen, wovon hier überhaupt genau die Rede ist. Die Broschüre ist downloadbar unter:

http://gemeindebund.at/webseite2016/wp-content/uploads/2014/10/rfg_4-2017-daten-schutz-neu-fuer-gemeinden.pdf



von Mag.^a Birgit Koch
Merkur Treuhand Steuerberatung GmbH
www.merkurtreuhand.at

Kunterbunte weltweite Steuern, welche zum Kopfschütteln und zum Grinsen einladen

Wo Geld fließt, ist der Staat nicht weit. Für Tattoos Steuern zahlen? Ja, so ist zum Beispiel im US-Bundesstaat Arkansas. 6 % Steuern müssen gezahlt werden. Verrückt oder? Aber auch in Deutschland, in Köln zum Beispiel, muss eine Sexsteuer, gezahlt werden, eine sogenannte kommunale Vergnügungssteuer.

Prinzessinnensteuer: Prinzessinnensteuer, auch Fräuleinsteuer genannt. Früher wurde diese nur von Grundherren eingefordert, später aber auch von allen Untertanen welche im Rahmen einer Vermählung gezahlt wurde. Sobald eine Tochter in ein Herrenhaus einheiratet, musste eine Steuer gezahlt werden. Dieses Geld wurde für die Versorgung der Prinzessin ausgegeben. Diese Steuer existiert nach Aufzeichnung zu folge bereits seit 1292.

Türkensteuer: Hierbei handelt es sich um eine historische Steuer. Kaiser Friedrich III wurde 1481 von den Reichsständen dazu gedrängt, eine Türkensteuer, auch Reichstürkenhilfe genannt, zu erheben... Sie wurde dann gegen den Erbfeind verordnet und die einzelnen Länder damit belastet. Mit dem Geld wurden Armeen und deren Ausrüstungen finanziert. Die Steuer war eine Art Wehrsteuer, wie sie 1911 auch in Deutschland einmal erhoben wurde.

Flugticketsteuer: Die Flugtickets sind meistens eh schon sehr teuer und dann soll man auch noch zusätzlich zu den normalen Ticketsteuern noch Flugticketsteuer zahlen? Schon einmal etwas von dem Fond „Unitaid“ gehört? Es handelt

sich um eine Mission der Länder Brasilien und Frankreich. Diese Solidaritätsabgabe wird beim Kauf eines Flugtickets entrichtet. In Frankreich hängt die Höhe der Abgabe von dem Flugziel und der Reiseklasse ab. Rund 1 € pro Passagier in der Economy-Klasse und 10 € pro Passagier in der Business-Klasse und Ersten Klasse werden zusätzlich auf den Ticketpreis erhoben. Mit diesem Geld werden Hilfsprojekte finanziell unterstützt.

Was soll durch diese Steuer finanziert werden? Ganz einfach, durch die Gewährleistung dauerhafter und planbarer Einnahmen ist der Kauf von Medikamenten vorgesehen. UNITAID unterstützt die Labors bei der Markteinführung von Generika und setzt sich für die Beschleunigung der Auswahl durch die WHO ein und fördert den Vertrieb dieser Medikamente in den Entwicklungsländern.

19 Länder haben bereits ihre Absicht bekundet, eine solche Abgabe einzuführen. 7 davon haben dies bereits getan (Chile, Côte d'Ivoire, Frankreich, Gabun, Mauritius) oder haben ähnliche Maßnahmen getroffen (Großbritannien, Norwegen).

Feuerwerkssteuer: Immer diese Amerikaner! Dort wo man Geld scheffeln kann, dort wird es auch getan. Jährlich am 4. Juli feiern die Amerikaner mit einem riesigen Feuerwerk ihren Nationalfeiertag. Dieses Feuerwerk wird mit einer Extrasteuer von 6 Prozent auf jeden Feuerwerkskörper erhoben.

Die Bräunungssteuer: Ja Sie hören richtig, in Essen, im Herzen des Ruhrgebiets, versuchte man die Schulden im Jahr 2010 durch eine sogenannte „Bräunungssteuer“ – abzubauen. Der Plan war, dass Betreiber von Solarien pro Sitzung 20 Euro an den Staat richten müssen. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings am Veto des Innenministers.

In Amerika hingegen hat der ehemalige Präsident Obama die sogenannte „Tanning-Tax“ eingeführt – eine Steuer auf das Bräunen im Sonnenstudio. Mit dieser Abgabe konnte man einen Teil des staatlichen Gesundheitsvorsorge-Programms Obama-Care finanzieren. 10 Prozent der Einnahmen müssen an den Staat abgegeben werden.

Nilschlammsteuer: Was macht man mit Hochwasser und dem mitgeführten Schlamm? Die hiesigen würden schon Barrikaden errich-

ten, nur damit keine Katastrophe entsteht. In früheren Jahren in Ägypten wurde diese „Naturkatastrophe“, wie sie heute bei uns bezeichnet werden würde, als Vorteil genutzt. Der Schlamm ist fruchtbar, und prompt weiß der Staat sich in Szene zu setzen und Geld zu kassieren. Je höher der Schlamm-Pegel ist, desto mehr Steuer gibt es für die Bauern zu zahlen.

Die Kaffeesteuer: In Köln gibt es seit 1949 die sogenannte Kaffeesteuer. Importeure und Röster müssen eine solche Abgabe abführen. Diese Steuer wird nicht nur auf das Produkt 'Kaffee' erhoben, sondern auch auf alle Produkte, welche Kaffee beinhalten.

Nichts zu verbergen – Die Gardinensteuer: Wer schon mal in den Niederlanden war, dem ist vielleicht aufgefallen, dass viele Häuser gar keine Gardinen haben und jeder ohne Probleme das Innenleben in den Häuser beobachten kann. „Wer rechtschaffen lebt, hat nichts zu verbergen“ – so war die allgemeine Grundeinstellung in den Niederlanden im 18. Jahrhundert. Die Legende besagt, dass es eine geheime Gardinensteuer gab, die eben diese „knausrigen“ Holländer davon abhalten soll, sich einfache Stoffe vor den Fenstern zu hängen.

Steuern im Rahmen von Getränken und Lebensmitteln

2011 wurde in Dänemark von der Regierung eine **Fettsteuer** eingeführt. Auf Lebensmittel mit einem hohen Fettgehalt entfielen 2,15 Euro. Somit sind Butter und Schlagobers zum Beispiel um 20% teurer als bei uns. Zwei Jahre nach Einführung dieser Steuer wurde diese wieder abgesetzt. In Mexiko zum Beispiel gibt es diese Steuer aber immer noch.

2014 wurde in Frankreich die



Cola-Steuer eingeführt. Diese Steuer wurde aber nicht nur auf das Softgetränk eingeführt, sondern auch auf andere Limonaden und Getränken mit hohen Zucker-gehalt.

Eine andere ähnliche Steuer gibt es in Rumänien und Ungarn seit 2010 bzw. 2011. Dort gibt es die Fast-Food-Steuer. Auf Lebensmittel, welche mit viel Gehalt an Salz, Fett, Zucker und Nahrungsmittel-zusätzen haben, wird eine solche Steuer erhoben. 2011, wie schon erwähnt, führte Ungarn eine sogenannte **Chipssteuer** ein. Abgaben solcher Steuern, zB. auf Kuchen, Energy Drinks und Knabbergebäck, füllen die Staatskassen, gleichzeitig wird versucht, ungesunde Ernährung des Volkes zu stoppen.

Frankreich sticht auch mit einer ganz interessanten Steuer heraus. Die **Nutella-Steuer**. Palmöl und Olivenöl wird in Frankreich derzeit noch höher versteuert. Die Steuer wird nicht nur in Nutella gefunden, sondern auch in Margarine, Kuchen, Chips und Riegels. Aber auch diese Steuer hat ein Ablaufdatum und wurde wieder abgesetzt.

Luftsteuer: Luft ist für alle da, aber manche müssen dafür zahlen. Wer z.B. in Fürth, einem bayerischen Regierungsbezirk in Mittelfranken, einen Automaten betreibt und diesen im öffentlichen Raum stehend, zu viel Luft wegnimmt, der muss tief in die Tasche greifen. Genauer gesagt, wird ein Automat mit einer Entfernung von 15 cm an einer Hausfassade angebracht, muss der Besitzer dafür je nach Größe und Standort des Automaten bis zu 1.000 Euro jährlich an Luftsteuer zahlen. Auch in Österreich kann, wenn ein Schild in den öffentlichen Luftraum ragt, eine solche Luftsteuer fällig werden.

Automatenobststeuer: Jeder der schon mal in Amerika war, weiß, wie teuer es ist, frisches Obst in Supermärkten zu kaufen. Da wundert man sich nicht, wenn man zu häufig Übergewichtige auf der Straße sieht. Der Bundesstaat Kalifornien versucht durch die Null-Prozent Mehrwertsteuer auf frisches Obst, die Bewohner zu gesunder Ernährung zu bewegen, denn Obst aus dem Automaten wird nämlich dagegen mit 33 Prozent versteuert.

Impressum/Offenlegung Kommunale Information (KI)

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in Niederösterreich, Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz

Präsident: LAbg. Bgm. Rupert Dworak

Geschäftsführer: StR Mag. Ewald Buschenreiter

ATU 65073733

Unternehmensgegenstand: Produktion und Herausgabe einer Mitgliederzeitung für den
Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich.

Grundlegende Richtung: Information aus kommunal relevanten Bereichen

Anschrift der Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten

Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at)

Fachbeiträge dieser Ausgabe: Mag.^a Sabine Blecha, Mag.^a Birgit Koch

Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at

Druck: Mangold & Kovac